

# Memeler Dampfboot

Die Heimatzeitung aller Memelländer

1 V 4694 D

Erscheint monatlich einmal an jedem 20. – Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Post 4,80 DM. – Zu beziehen durch alle Postanstalten. – Nichtbelieferung durch höhere Gewalt berechtigt nicht zu Ersatzansprüchen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen. – Verlagsort: Oldenburg (Oldb)



Geschäftsanzeigen kosten die mm-Spaltzeile 70 Pf., Familienanzeigen 50 Pf., Suchanzeigen 30 Pf. – Anzeigenschluß 10 Tage vor Erscheinen. Gewähr für die Einräumung bestimmter Plätze kann nicht übernommen werden. Gerichtsstand und Erfüllungsort: Oldenburg. Verlag F. W. Siebert, Zeitungs- u. Buchverlag, 29 Oldenburg (Oldb), Ostlandstraße 14

122. Jahrgang

Oldenburg (Oldb), 20. April 1971

Nummer 7



## Memel im 19. Jahrhundert

Diese schöne Zeichnung aus dem Archiv Hilpert-Reinbek zeigt einen auch später häufig dargestellten Blick auf Memel von der Kurischen Nehrung aus. Da das Bild nicht datiert ist, sind wir hinsichtlich des Entstehungsjahres auf Vermutungen angewiesen. Der Turm der 1854 niedergebrannten Johanniskirche stand erst 1864 wieder; die Zeichnung ist also nach diesem Termin anzusetzen. 1824 gab es zwar schon den ersten Memeler Dampfer, doch die Turmform der Johanniskirche sagt uns, daß das Bild nicht vor 1864 entstanden sein kann. In der Mitte sieht man das Fährboot nach Memel übersetzen. Die Dammgünderung ist rechts hinten zu erkennen. Ganz am rechten Bildrand ist noch das letzte Bauwerk der alten Festung zu sehen, das damals Provinzialgefängnis war. Zu beiden Seiten der Johanniskirche hinter der mittleren Bark ist der Roerdanzsche Holzgarten mit Schneidemühle zu denken. Reizvoll ist der Blick auf die damalige Damen- und Herrenmode.

# Wollen nur 18 Prozent in die Heimat zurückkehren?

## Eine Umfrage der Bundesregierung will Verzicht schmackhaft machen

Nun hat sie wieder einmal stattgefunden – die berühmte Umfrage, wieviele Vertriebene und Flüchtlinge in die alte Heimat zurückzukehren wünschen. Die Bundesregierung gab den Auftrag, und die Meinungsbefragter walteten ihres Amtes, indem sie einen „repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt“ die sattem bekannten Fragen vorlegten. Da steht es nun schwarz auf weiß: 74 Prozent der Vertriebenen und 77 Prozent der Flüchtlinge wollen nicht zurück. Nur 18 Prozent der Vertriebenen und Flüchtlinge würden in die Gebiete jenseits von Oder und Neiße zurückkehren, sofern dies in den nächsten Jahren möglich wäre. 8 bzw. 5 Prozent waren unentschieden.

Um diese Umfrage richtig bewerten zu können, müßte man wissen, wie die Fragen lauteten, die man an den „repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt“ richtete. Es ist doch ein großer Unterschied, ob man fragt: „Würden Sie zurückkehren, wenn Ihre Heimat in absehbarer Zeit deutsch und frei werden würde?“ oder: „Würden Sie zurückkehren, wenn Polen, Russen, Tschechen usw. die Rückkehr von Deutschen in die heute sowjetisch regierten Heimatgebiete zulassen würden?“

Die dpa-Meldung über die Bonner Umfrage läßt erkennen, daß nicht etwa nur Vertriebene befragt wurden. Nein, man befragte eben einen Bevölkerungsquerschnitt und zog aus diesem dann die Antworten der Vertriebenen heraus. 64 Prozent der einheimischen Bevölkerung äußerten nämlich, nach ihrer Ansicht hegten „nicht sehr viele“ Vertriebene den Wunsch nach Rückkehr.

Wie groß war also – konkret gesprochen – die Zahl der Vertriebenen, die man befragte? Waren es 50, 100 oder 1000? In welchem Alter standen die Befragten? Gern möchte man das genauer wissen. Aber die dürftigen Angaben reichen vollkommen für dicke Schlagzeilen aus. „Nur wenige Vertriebene würden in die alte Heimat zurückkehren“!

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat daher diese Befragung mit Recht „ein politisches Manöver zur Untermauerung der Ostpolitik von Willy Brandt“ genannt. Hat man je gehört, daß Polen oder Tschechen Umfragen veranstalten, wieviele heutige Bewohner Schlesiens, Pommerns oder des Sudetenlandes an die Rückkehr der Deutschen glauben? Haben die Polen je einen „repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt“ befragt, wieviele Polen aus den deutschen Ostgebieten nach Zentralpolen oder in die von den Russen besetzten polnischen Gebiete zurückkehren möchten? Oder hat man je gehört, daß Frankreich in Elsaß-Lothringen die Demoskopien ausschwärmen läßt, um bei der Grenzlandbevölkerung zu erkunden, ob diese sich für voll eingegliedert hält oder benachteiligt fühlt? Nur in der Bundesrepublik ist es möglich, daß man nationale Fragen zum Gegenstand makabrer Umfragen macht. Ohne Nationalgefühl, ohne jeglichen Sinn für Würde demonstriert man eine Pseudo-Demokratie, die zum Zerrbild eines Volksstaates wird.

Eine solche Umfrage ist bereits im Ansatz falsch. Würden die deutschen Ostgebiete morgen wieder frei werden: Niemand brauchte die Vertriebenen zu rufen oder Druck auf sie auszuüben, dorthin zurückzukehren. Die Verlockungen dieser Provinzen jenseits von Oder und Neiße wären so stark, daß in kürzester Frist die deutsche Wiederbesiedlung vollzogen wäre.

Zehn Millionen Deutsche haben einst in diesen Ostgebieten gelebt. Fast zwei Millionen sind heute noch rückkehrwillig, wenn man der Umfrage wirklich glauben will. Es glaube doch niemand, daß fünf sechstel des Ackerlandes, der Betriebe, der Häuser ohne Besitzer bleiben würden! Wo Vertriebene ausgestorben sind oder auf die Rückkehr verzichten, würden sich andere Deutsche im Eiltempo aufmachen, um sich dort neuen Besitz zu sichern. Man müßte an den Goldrausch in Kalifornien denken, wenn man einen Vergleich für die Wiederbesiedlung unserer Ostgebiete sucht. In der Bundesrepublik Bodenknappheit, bäuerliche Kleinbetriebe an der Grenze der Rentabilität, oft schon unter ihr – dort Land im Überfluß, Raum für rentable Großbetriebe, Platz für alle entwurzelten Bauern und Bauernkinder, die wieder einen eigenen Hof haben wollen. Oberbürgermeister von Königsberg, Danzig und Memel, Landrat von Heydekrug oder Tilsit-Ragnit, Landgerichtspräsident, Theaterintendant – glaubt jemand wirklich, diese Posten würden unbesetzt bleiben, nur weil es nicht genügend Vertriebene gibt, die rückkehrwillig sind?

In einem Rundfunkkommentar zu dieser Umfrage, der – natürlich – ebenfalls stark vertriebenenfeindlich war, wurde darauf hingewiesen, daß die Meinungsforscher in den letzten zehn Jahren wiederholt ähnliche Fragen gestellt hätten. 1963 seien es 15 % gewesen, die zurückkehren wollten, 1968 schon 17 % und jetzt sogar 18 %. Der Kommentator meinte, die Schwankung von 15 - 18 % könne zufallsbedingt sein. Man brauche also gar nicht anzunehmen, daß der Rückkehrwille ständig ansteige – bedenklich sei schon, daß er in den letzten zehn Jahren praktisch nicht zurückgehe, sondern stabil bleibe. Da in diesen zehn Jahren so viele Vertriebene, die die alte Heimat noch kannten, ausgestorben seien, hätte die Zahl der Rückkehrwilligen kräftig abnehmen müssen. Da sie das nicht getan habe, bleibe nur ein Schluß übrig: der Rückkehrwille gehe von den Eltern auf die Jugend über, die die Ostgebiete überhaupt nicht mehr kenne, ja nicht einmal dort geboren sei.

Der Kommentator verbreiterte sich dann über den „Unfug“, die Vertriebeneneigenschaft zu vererben, Kindern von Vertriebenen Vertriebenenausweise auszustellen und so einen Zustand zu verewigen, der doch nur als befristeter Übergang gedacht gewesen sei. Er hatte sogar ein schönes Beispiel parat: ein Kind eines KZ-Häftlings werde doch auch nicht automatisch KZ-Häftling, weil der Vater einmal hinter Stacheldraht gegessen habe.

Hierzu ließe sich viel sagen. Warum ist Günter Grass, literarisches Aushängeschild der SPD, mit seinem Werk seiner Danziger Heimat verbunden, die er fast nur aus Nachkriegsbesuchen und von Landkarten und Stadtplänen her kennt? Warum mußte der Zonendichter Johannes Bobrowski bis zu seinem frühen Tod das ostpreußische Grenzland und seine Menschen in Poesie und Prosa gestalten? Das Erbe der Heimat, Gnade und Last der Herkunft kann uns niemand abnehmen. Das Kind des KZ-Häftlings wird natürlich kein KZ-Häftling, weil sich ein zeitweiliger Lageraufenthalt nicht vererbt. Das Kind eines Memelländers trägt aber – ob es will oder nicht – das blutmäßige Erbe von Generationen Memelländern in sich, es wurde in seinen entscheidenden Jahren geformt durch Charakter, Art und Sprache der Eltern, und selbst wenn Kindeskinde die Herkunft aus dem Memelland vergäßen, wenn durch Blutmischung viel von unserer Eigenart verloren ginge – ein Teil davon wird weitergetragen in die Zukunft. Selbst wenn eines fernen Tages die Vertriebenen spurlos fast in das deutsche Volk eingeschmolzen sein werden, wird es Holsteiner, Niedersachsen, Westfalen oder Schwaben geben, die Naujoks, Kurschus oder Jakumeit heißen, wird man in den Bibliotheken Bücher von Hauptmann, Sudermann, Wiechert, Miegel – und vielleicht auch Grass finden, wird ein Elchbild an der Wand, ein vergilbtes Buch vom Memelland in der Truhe davon künden, daß die Vorfahren aus dem deutschen Osten stammten.

H. A. Kurschat

## Experten-Ausschuß: Ostverträge verfassungswidrig

Der Ausschuß für Politik und Völkerrecht des Bundes der Vertriebenen ist, wie der Vorsitzende, Reinhold Rehs, jetzt bekanntgab, nach langen Studien zu dem Ergebnis gekommen, daß die Ostverträge zu ihrer Ratifizierung auf jeden Fall einer Grundgesetzänderung bedürfen. Die umfassende Begründung dieses Ergebnisses werde im geeigneten Zeitpunkt der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

## Dregger: „Vorleistungen sinnlos“

Der CDU-Landesvorsitzende von Hessen, Dr. Alfred Dregger, der bei der Kundgebung des BdV in der Bonner Beethovenhalle am 27. Febr. eine große außenpolitische Rede hielt, hatte sich bereits am 13. Okt. 1970 vor einem Kreis von Wirtschaftsführern kritisch mit extrem linken Tendenzen zum Umsturz auf gesellschaftspolitischem Gebiet und mit den sozialpolitischen Bestrebungen der SPD befaßt. Schon damals hatte er wie aus der jetzt von der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichten Rede hervorgeht, den Zusammenhang dieser Politik mit der Ostpolitik aufgezeigt. Wörtlich stellte er fest: „Die Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Sozialismus wird nicht nur auf dem Felde der Innenpolitik, sondern auch auf dem der Außenpolitik geführt. Man wird dem Moskauer Vertrag nicht gerecht, wenn man ihn nur unter nationalen Aspekten betrachtet. Diese werden zwar durch ihn zum Nachteil der deutschen Position tiefgreifend berührt, sei es nun das Heimatrecht der Vertriebenen, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, ihr Recht auf Wiedervereinigung u. a. m.“ Dregger charakterisierte im weiteren die Sowjetunion als Trägerin einer Heilslehre, die Anspruch auf die ganze Welt erhebt, und stellte fest: „Gegenüber einer solchen Macht sind Vorleistungen sinnlos. Hier muß jede Vorleistung zur Schwächung der eigenen Position führen.“

# Kieler Sozialministerium brüskiert Memelländer Verwaltungsgericht sagt ja, Kiel sagt nein

Neumünster (Eigener Bericht)

Auf der Jahreshauptversammlung der Kameradschaft der Heimkehrer in Neumünster fielen scharfe Worte der Kritik an die Adresse des Kieler Ministeriums für Arbeit, Soziales und Vertriebene. Der Vorsitzende Wolfgang von dem Hagen, den Memelländern als unermüdlicher Helfer in Entschädigungssachen unserer Spätaussiedler bekannt, betonte, das Ministerium weigere sich selbst dann noch, eine Entschädigung an heimgekehrte Memelländer zu zahlen, wenn es vom Verwaltungsgericht Schleswig dazu verurteilt worden sei.

Für jeden Heimkehrer sei es ein Pech, sagte von dem Hagen, nach Schleswig-Holstein geraten zu sein. Selbst wenn der Feststellungsausschuß seines Kreises bzw. der vom Landtag gewählte Beschwerdeausschuß die Kriegsgefangenenentschädigung gewähre, mache das Sozialministerium ihm diese streitig, indem es gegen den Beschwerdeausschuß prozessiere. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres habe das Verwaltungsgericht Schleswig vier dieser unsinnigen Klagen abgewiesen und das Land zur Zahlung der Kriegsgefangenenentschädigung verurteilt.

„Man sollte nun meinen, daß jetzt die betroffenen Heimkehrer endlich ihre Entschädigung erhalten“, führte von dem Hagen unter der Entrüstung seiner Zuhörer aus, „doch weit gefehlt!“ **Das Sozialministerium fecht die positiven Urteile des Verwaltungsgerichts an. Werde die Revision durch das Verwaltungsgericht nicht zugelassen, so mache das Kieler Ministerium von seinem Recht Gebrauch, die Nichtzulassung der Revision anzufechten.**

Wie wir erfahren, richtet sich dieser „Kampf bis aufs Messer“, den man in Kiel gegen Heimkehrer und Spätaussiedler führt, vor allem auch gegen die Memelländer. Folgender Sachverhalt legt der unbegreiflichen Brüskierung der Vertriebenen kurz vor den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen zugrunde:

Das Bundesverwaltungsgericht hatte am 9. September 1970 in zwei Memelländerfällen entschieden, daß Spätaussiedler nur in Ausnahmefällen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz (KgfEG) entschädigt werden können. Wie die Memelländer, so hatten verschiedene Verwaltungsgerichte auf diese Klärung aus Berlin gewartet und nahmen nun die zum Teil seit Jahren ruhenden Memelländerverfahren wieder auf, um sie anhand der höchstrichterlichen Entscheidungen vom 9. September 1970 abzuschließen. In Schleswig standen allein am 14. Januar fünf ähnliche Memelländerfälle zur Entscheidung an, und zwar Fälle, in denen unseren Landsleuten die Flucht über den Memelstrom nach Ostpreußen im Oktober 1944 nicht mehr gelungen war.

Das Gericht hatte von Fall zu Fall zu prüfen, ob es sich

- a) um ein Normalschicksal oder
- b) um ein Ausnahmefall

handelte. Für ein Ausnahmefall müssen nach den Entscheidungen des V. Senats am 9. September 1970 folgende Bedingungen erfüllt sein:

- 1. Der Memeldeutsche muß im räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit den Kampfhandlungen unmittelbar nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen von der übrigen Bevölkerung ab-

gesondert und in ein Internierungslager eingewiesen worden sein.

- 2. Oder: Der Memelländer muß zu Dienstleistungen für die Kampftruppe herangezogen und interniert worden sein, während die militärischen Operationen in diesem Kampfraum noch in vollem Gange waren.

Die 6. Kammer des Verwaltungsgerichtes Schleswig machte es sich nicht leicht. In drei Fällen wurden die Ansprüche der Memelländer abgewiesen, da es sich um Normalschicksale gehandelt habe, bei denen es zu keiner ausgesprochenen Internierung (= Absonderung von der übrigen Bevölkerung) gekommen sei.

In zwei Fällen aber wurde den Memelländern – einer Hausangestellten sowie einer Bäuerin und ihrem Sohn aus dem Kreise Memel – die Ausnahmestellung zuerkannt und die volle Kriegsgefangenenentschädigung zugesprochen.

Das Gericht betonte in diesen beiden Urteilen, die Revision sei nicht zugelassen, weil das Bundesverwaltungsgericht die grundsätzlichen Fragen bereits geklärt habe. Das Gericht sei von den entsprechenden Urteilen nicht abgewichen.

Damit hätte normalerweise das jahrelange Hin und Her, dem die Spätaussiedler ausgesetzt gewesen waren, ein Ende haben können. Ist es auch in gewissem Maße verständlich, wenn Ministerialbeamte bei der Bewilligung der Entschädigungen die Verantwortung gern dem Verwaltungsgericht zuschieben, so hört das Verständnis auf, wenn

das Gericht gesprochen hat – ein Gericht, dem man nach über 500 Entschädigungsverfahren höchste Sachkunde zusprechen kann.

Wenn drei Memelländer die für sie ungünstigen Urteile von diesem Gericht hinnehmen, so kann man erwarten, daß die Landesregierung ihrerseits die beiden günstigen Urteile hinnimmt und sie nicht auf Kosten des Steuerzahlers anfiicht.

Doch war bei der bekannt starren Haltung des Sozialministeriums höchstes Mißtrauen angebracht. Daher kam es zu einer Reihe von Schritten, um die unmenschliche Härte der Behörden gegen die vom Schicksal so schwer geprüften Spätestheimkehrer abzuwenden.

Die Kameradschaft der Heimkehrer plädierte für die Memelländer beim Sozialministerium.

Auch der Beschwerdeausschuß bat, die Urteile rechtskräftig werden zu lassen.

Aus dem Landesversorgungsamt, das die Urteile anfechten mußte, hörte man, es habe dem Sozialministerium die Nichtanfechtung angeraten.

Die stellvertretende Stadtpräsidentin von Neumünster, Alexandrine von dem Hagen, wandte sich in einem persönlichen Brief an Ministerpräsident Lemke.

Bundestagsabgeordneter Jürgen Anbuhl (SPD) aus Eckernförde schaltete sich ebenfalls ein, da er die Schlüsselfigur dieses Ringens, Staatssekretär Dr. Schmidt vom Sozialministerium, aus dessen Tätigkeit als früherer Bürgermeister von Eckernförde gut kennt.

Schließlich wandte sich auf Bitten unserer Landsleute auch das „Memeler Dampfboot“ an Ministerpräsident Lemke und bat um menschliches Entgegenkommen für die drei Memelländer, die vor Gericht gesiegt hatten.

Von der Staatskanzlei erhielten wir zwar die Antwort, das Sozialministerium werde die Urteile „wohlwollend“ prüfen, doch was man in Kiel unter Wohlwollen versteht, konnte man wenige Tage später einem Brief des Sozialministeriums an eine der betroffenen Memelländerinnen entnehmen: Nach Ansicht von Dr. Schmidt hat das Verwaltungsgericht Schleswig vom Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz und von der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts keine Ahnung. Nur Dr. Schmidt kennt sich darin aus, und was er der Memelländerin 1968 über ihre fehlenden Ansprüche geschrieben habe, gelte 1971 noch immer.



Auch Heydekrug hat ein Kaufhaus

Nicht nur Memel hat seine Univermag-Kaufhäuser – nun wurde auch in Heydekrug ein solches eröffnet, ein dreistöckiger Bau mit Eisenwaren und Haushaltsartikeln.

Inzwischen hat es dem Vernehmen nach weitere Gespräche zwischen der Staatskanzlei und den Referenten des Sozialministeriums gegeben. Ministerpräsident Lemke soll in Sachen der Memelländer einen Brief an Staatssekretär Dr. Schmidt geschrieben haben. Ob dieser sich überzeugen lassen wird?

Daß durch eine solche komplexe Frontstellung gegen die Vertriebenen nicht nur diese geschädigt werden, sondern auch das Land Schleswig-Holstein selbst, will Dr. Schmidt nicht erkennen. Jeder weiß, daß die Vertriebenen für das Land lange Zeit eine schwere Hypothek waren und zum Teil noch sind. Wenn diesen Vertriebenen nun in Einzelfällen gerichtlich Bundesmittel wie z. B. Kriegsgefangenenentschädigung oder Haftlingshilfe für anderthalb Jahrzehnte Zwangsaufenthalt in der Sowjetunion zugesprochen werden, wird dadurch keineswegs das Land Schleswig-Holstein belastet. Laut § 55 KgfEG trägt der Bund die Aufwendungen für Kriegsgefangenenentschädigung in voller Höhe. Entschädigungen für Bürger Schleswig-Holsteins kommen letzten Endes der Wirtschaft des Landes zugute. Dr. Schmidt aber läßt nichts unversucht, um diese Mittel in Bonn zu belassen.

Wir wollen hoffen, daß die Landtagswahl im nördlichsten Bundesland eine Regierung bringt, die zuerst an das Land und seine Menschen denkt und die den Vertriebenen vor Behördenwillkür schützt.

#### Eine seltsame Stellungnahme

In einer Verlautbarung des Pressereferenten des Sozialministeriums, Naht, werden die Vorwürfe der Kameradschaft der Heimkehrer als unbegründet zurückgewiesen. Das Sozialministerium sei seit Jahren bemüht, das KgfEG so gerecht und so großzügig wie möglich durchzuführen. Hierbei seien jedoch durch das Gesetz selbst und die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts Grenzen gesetzt, die im Interesse der Gleichheit aller Antragsteller nicht überschritten werden dürften. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, einzelne Entscheidungen der Feststellungsausschüsse, des Schwerdeauschusses und des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts anzufechten. Dieses sei auch in den erwähnten Memelländerfällen geschehen, in denen das Verwaltungsgericht Schleswig die volle Höchstentschädigung zuerkannt habe. Diese Urteile seien mit der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts nicht im Einklang. Diese Haltung des Sozialministeriums sei erst kürzlich durch einen Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts in einem typischen Memelländerfall bestätigt worden. Das Sozialministerium habe seine Haltung in dieser Sache mit dem Bundesinnenministerium abgestimmt. Nicht nur Schleswig-Holstein, sondern auch andere Bundesländer machten von den im Gesetz vorgesehenen Rechtsmitteln Gebrauch.

\*

**MD.** An dieser Presseverlautbarung des Kieler Sozialministeriums ist jeder einzelne Satz anfechtbar. Beginnen wir, ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit unserer Argumente, von hinten. Der Abgeordnete Merten (SPD) prangerte vor dem Bundestag das Land Schleswig-Holstein wegen schlechtester Durchführung des KgfEG an. In keinem anderen Bundesland ist man bisher darauf gekommen, Insichklagen durchzuführen, also von der Behörde aus gegen den Beschwerdeausschuß zu klagen, weil dieser für einen Memelländer entschieden hatte. **Wir kennen bisher nur einen einzigen solchen Fall außerhalb Schleswig-Holsteins, in Schleswig-Holstein aber über 300 solcher Fälle!** Nirgends als in Schleswig-Holstein werden

die für die Memelländer günstigen Urteile der Verwaltungsgerichte angefochten. Selbst in Baden-Württemberg, wo die Handhabung ähnlich vertriebenenfeindlich wie in Schleswig-Holstein ist, werden nur in Einzelfällen Urteile angefochten, in denen die Revision zugelassen wurde. **Revisionsnichtzulassungsbeschwerden sind uns einzig und allein aus Schleswig-Holstein bekannt!**

Wenn Naht behauptet, im Sozialministerium sei man so großzügig wie möglich, dann klingt das wie Hohn. Als am 14. Januar unsere fünf Landsleute in Schleswig vor Gericht standen, wurde der Vertreter des Sozialministeriums vom Gerichtsvorsitzenden gefragt, warum er auf eine so hohe Zahl von Ablehnungen dränge. Er antwortete stolz, **daß das Land durch seine strenge Gesetzesauslegung dem Bundeshaushalt Millionen von Mark erspart habe. Diese Millionen wurden jedoch den Heimkehrern und Aussiedlern und damit auch**

**dem Land Schleswig-Holstein entzogen! Schleswig-Holstein hat im Bundesdurchschnitt dreimal mehr Ablehnungsbescheide als andere Bundesländer!** Von einer Gleichheit der Antragsteller kann also keine Rede sein. Ein Memelländer in Schleswig-Holstein hat nur ein Drittel der Chancen, zu seiner Entschädigung zu kommen, die seine Schicksalsgefährten in Niedersachsen, Hessen oder Bayern haben.

Das Verwaltungsgericht in Schleswig hat dem „typischen Memelländerfall“, den das Bundesverwaltungsgericht am 9. September 1970 entschied, durch drei Ablehnungen am 14. Januar 1971 Rechnung getragen. Das wird vom Ministerium verschwiegen. Das Sozialministerium hat aber nicht berücksichtigt, daß in diesem „typischen Memelländerfall“ durch den V. Senat auch Ausnahmen vorgesehen sind, die das Gericht in Schleswig in unseren beiden Fällen als gegeben ansah.

## Aussiedlungsdilemma beschäftigt Bundestag

### Ausschüsse beraten CDU/CSU-Anträge — SPD-Anfragen

Der Bund der Vertriebenen und führende Vertriebenenpolitiker sind fortgesetzt und nachdrücklich bemüht, bei den Behörden und über den Bundestag Klarheit in Sachen des in den Ostgebieten verbliebenen Teils der deutschen Bevölkerung zu schaffen und die Schwierigkeiten der Aussiedlung und Aufnahme zu beheben. Vor einigen Wochen fand eine Expertenkonferenz des BdV mit Vertretern der Behörden und Abgeordneten in Bonn statt. Die Beratungen ergaben u. a., daß immer noch völlige Unklarheit über System und Ablauf der Aussiedlung im Rahmen der Nebenabsprachen zum Polen-Vertrag besteht. Der zweite schwierige Punkt ist die vorläufige und endgültige Unterbringung der Aussiedler, insbesondere die Frage des zusätzlichen Wohnungsbaues, über den sich Bund und Länder noch immer nicht endgültig einig sind. Es begab sich eine Delegation des Präsidiums des BdV unter Leitung von Vizepräsident Wollner nach Friedland, um sich über die Umstände der ersten Aufnahme zu unterrichten und mit Aussiedlern zu unterhalten. Wollner erklärte bei dieser Gelegenheit, daß die Gliederungen des BdV den Aussiedlern in jeder Beziehung mit Rat und Tat zur Seite stehen würden und daß der BdV entsprechende Initiativen auch in den Parlamenten und bei den Behörden ergriffen habe und konsequent fortführen werde.

Der Bundestag behandelt den Antrag der CDU/CSU zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes, der vorsieht, daß die in den Ostgebieten verbliebenen Selbstständigen oder ehemals Selbstständigen durch soziale Hilfe aus dem Lastenausgleich eine ausreichende Altersversorgung erhalten sollen, damit ihnen die Möglichkeit gegeben wird, in der angestammten Heimat zu verbleiben, falls das ihr Wunsch sei. Die Erfahrung hat nämlich ergeben, daß gerade die Angehörigen der älteren Generation diesen Wunsch haben. Der Antrag wurde den zuständigen Ausschüssen zur Beratung übergeben, nachdem die Vertreter der Fraktionen, für die CDU Freiherr von Fircks, für die SPD Hofmann, für die FDP Schmidt (Kempten) dazu Stellung genommen hatten. Am gleichen Tag überwies der Bundestag ohne Aussprache den schon am 16. Dez. 1970 von Freiherrn von Fircks und der CDU/CSU-Fraktion ein-

gebrachten Antrag betreffend die Verbesserung der Familienzusammenführung an die Ausschüsse. In dem Antrag wurde der Bundestag unter Bezugnahme auf einstimmige Beschlüsse der Fraktionen am 8. Mai 1969 dazu aufgefordert, Freizügigkeit und Zusammenführung von Familienangehörigen sicherzustellen sowie einen Beirat für Fragen der Aussiedlung beim Bundesinnenministerium einzurichten.

Während die CDU/CSU aufgrund des zitierten Beschlusses des Bundestages vom Jahre 1969 die Fragen der in den Ostgebieten verbliebenen deutschen Bevölkerung, also die Sicherstellung ihrer Rechte für den Fall ihres Verbleibens und die reibungslose Aussiedlung, bzw. Familienzusammenführung sowie Sicherstellung von Aufnahme und Eingliederung als organisches Ganzes ansieht, befaßte sich die SPD-Fraktion im Bundestag vorwiegend mit Fragen der Aussiedlung.

Hupka und andere hatten, wie opr-5 berichtete, die Bundesregierung angefragt, ob ausreichende Vorsorgemaßnahmen für Aufnahme und Eingliederung getroffen seien. FDP-Abgeordnete hatten sich dieser Anfrage angeschlossen. In der Antwort vertrat Bundesinnenminister Genscher den Standpunkt, zusätzliche Maßnahmen seien auch für den Fall einer Ausweitung der Aussiedlung im Anschluß an den Vertragsabschluß nicht erforderlich. Wie in einem Kommentar des DEUTSCHEN OSTDIENSTES vom 8. März eingehend dargelegt wird, entspricht diese Feststellung nicht den wirklichen Bedürfnissen. Sie steht überdies im Widerspruch zu den inzwischen angelaufenen Beratungen zwischen Bund und Ländern über mittelfristige Planungen zur Sicherstellung von Aufnahme und Einberufung eines größeren Schubs von Aussiedlern. Auf eine Anfrage Hupkas, ob die deutsche Bevölkerung in den Ostgebieten hinreichend über die Möglichkeiten der Aussiedlung und die Aussiedler nach Aufnahme im Bundesgebiet über die Bedingungen und Möglichkeiten der Eingliederung informiert seien, antwortete der Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl Moersch, die Information sei in beiden Fällen „ausreichend“. In den polnisch verwalteten Gebieten könnten sich die Deutschen beim Polnischen Roten Kreuz

# Botschafter Allardt zu den Rubelguthaben

## Die damaligen Bediensteten nicht mehr bei der Botschaft tätig

Das „Memeler Dampfboot“ hatte sich an das Auswärtige Amt sowie an die Moskauer Botschaft wegen der memelländischen Rubelguthaben gewandt. Bekanntlich hatten die Russen ab 2. Dezember 1958 die Rubelausfuhr stark eingeschränkt, so daß die memelländischen Aussiedler den Erlös aus dem Verkauf ihres Eigentums nicht in die Bundesrepublik mitnehmen konnten. Sie gaben das Geld bei der Moskauer Botschaft in Verwahrung, da man ihnen dort versprach, sie würden den Gegenwert in D-Mark in der Bundesrepublik ausgezahlt erhalten.

Heute will von diesen Versprechungen niemand mehr wissen. Botschafter Allardt, der uns persönlich antwortete, schreibt, er könne nicht nachprüfen, ob Botschaftsangehörige solche Versprechungen gemacht hätten, denn keiner der damaligen Bediensteten sei heute noch bei der Botschaft tätig.

Die Botschaft habe sich seit 1959 in zahlreichen Interventionen beim sowjetischen Außenministerium um die Freigabe der gesperrten Rubelguthaben und deren Transferierung in die Bundesrepublik bemüht. Dabei seien der sowjetischen Seite eine ganze Reihe von Lösungen vorgeschlagen worden, die man jedoch nicht akzeptiert habe. Das einzige Zugeständnis der sowjetischen Seite sei die Errichtung von Einzelkonten, über die die Inhaber lediglich in der UdSSR verfügen könnten, d. h. das Geld müsse in der Sowjetunion ausgegeben werden. Eine Verwendung des Geldes durch die Botschaft sei dabei ausdrücklich ausgeschlossen worden. Die Botschaft habe volles Verständnis dafür, daß diese Entwicklung von den betroffenen Rückkehrern mit Enttäuschung aufgenommen worden sei.

Botschafter Allardt weist dann darauf hin, daß bei den Aussiedlern sicherlich nicht in erster Linie die Sorge um die Rubelbeträge,

### Aussiedlungsdilemma beschäftigt Bundestag

unterrichtet und nach Ankomst im Bundesgebiet würde ihnen eine „Wegweiser“-Brochure überreicht. Auch diese Auskunft kann, wie der BdV anschließend feststellte, keineswegs befriedigen. Die Befragung der Aussiedler sowie die Korrespondenz von Angehörigen der in den Ostgebieten verbliebenen Familien habe ergeben, daß auf beiden Gebieten große Mängel vorlägen, was zur Unsicherheit und Nervosität der Betroffenen geführt habe. Nach wie vor sei es unerlässlich, daß sich die Bundesregierung direkt einschalte und dem Deutschen Roten Kreuz zur Sicherstellung nicht nur einer ausreichenden Information, sondern auch einer zügigen und reibungslosen Abwicklung der Familienzusammenführung bzw. der erweiterten Aussiedlung politische Hilfestellung gebe.

### Weitere USA-Stimmen gegen Ostverträge

Nachdem bereits eine Reihe von Senatoren und anderen republikanischen Politikern ihre Bedenken gegen die Ostpolitik der Bundesregierung angemeldet haben, hat jetzt auch der republikanische Senator G. Tower die Ostpolitik von Bundeskanzler Brandt scharf kritisiert. Kritik an der Ostpolitik übten auch die US-Gewerkschaften. Scharfe Angriffe erhob der Vorstand ihres Dachverbandes AFL/CIO auf einer Tagung in Bal Harbour (Florida). In einer Erklärung stellte er fest, die Bundesrepublik Deutschland habe „als erstes westliches Land die sowjetischen Nachkriegseroberungen und die Hegemonie des Kremls in Osteuropa anerkannt.“

sondern die Erfüllung ihres sehnlichsten Wunsches, nach langen Jahren des Wartens endlich die Sowjetunion verlassen zu können, gestanden habe. Es sei nicht die Botschaft gewesen, die die Aussiedler animiert habe, die über die festgesetzte Umtauschquote hinausgehenden Beträge in Verwahrung zu geben, sondern die Botschaft habe lediglich den an sie herangetragenen Bitten der Ausreisenden entsprochen. Die Botschaft habe das Geld nicht benötigt, denn ihre Versorgung mit Geldmitteln aus der Bundesrepublik sei zu keiner Zeit in Frage gestellt worden.

Die Botschaft sei dabei von der Auffassung ausgegangen, daß gegen die Hinterlegung dieser Beträge bei der Botschaft auch von sowjetischer Seite keine Einwendungen erhoben würden. Die Botschaft könne heute nicht mehr feststellen, welche Möglichkeiten vor zwölf Jahren bestanden, die nicht umtauschbaren Rubel in Sachwerten mitzunehmen. Die Aussiedler seien doch am ehesten mit den Landesverhältnissen vertraut gewesen, und es sei anzunehmen, daß sie von einer solchen Möglichkeit Gebrauch gemacht hätten, falls es sie gegeben hätte.

Zu dem von den Aussiedlern unterzeichneten Transfervorvertrag schreibt der Botschafter, diese Erklärung sei nach den Unterlagen der Botschaft bereits seit Anfang Dezember 1958 von den Hinterlegern verlangt und abgegeben worden. Die Behauptung, die Botschaft habe sich erst später rechtlich abgesichert, könne daher nicht zutreffen.

Die Botschaft sei stets bemüht gewesen, im Interesse der Rückführer zu handeln. Sie könne es jedoch nicht verstehen, wenn diese in ihrer Enttäuschung die Schuld bei der Botschaft bzw. einzelnen ihrer Angehörigen suchten, welche die Hilfe und Unterstützung für die rückkehrwilligen Deutschen in der Sowjetunion stets nicht nur als eine dienstliche, sondern auch als eine menschliche Aufgabe angesehen hätten. Die Botschaft würde es begrüßen, wenn diese Ausführungen dazu beitragen würden, die unter den heimgekehrten Memeldeutschen entstandene Diskussion auf eine sachliche Ebene zurückzuführen.

\*

MD. Die Ausführungen von Botschafter Allardt können den betroffenen Spätaussiedler einiges erklären — weiterhelfen können sie nicht. Interessant ist, daß offensichtlich erst bei den Verhandlungen mit der Sowjetregierung über die Freigabe der Rubelkonten von dieser eine Verwendung des Geldes durch die Botschaft ausdrücklich ausgeschlossen wurde. Demnach scheint es zunächst wirklich bei der Botschaft Pläne gegeben zu haben, die memelländischen Rubel in Moskau zu verbrauchen und den Memelländern den Gegenwert vom Auswärtigen Amt auszahlen zu lassen.

Mit einem Fragezeichen muß die Behauptung der Botschaft versehen werden,

die Botschaft habe niemand animiert, die überschüssigen Rubelbeträge dort in Verwahrung zu geben. Sie steht im Gegensatz zu der Behauptung des Botschafters, die Botschaft könne heute nicht mehr feststellen, ob Bedienstete der Botschaft solche Äußerungen getan hätten. Es dürfte doch wohl dem Auswärtigen Amt nicht schwer fallen, den von uns benannten Herrn Bock zu ermitteln und zu seiner damaligen Anschauung hinsichtlich der Rubeldepots zu befragen.

Unwiderrspochen muß Botschafter Allardt auch den Vorwurf lassen, Bedienstete der

### Wie kommt man an seine Rubel heran?

Nachdem eine Transferierung der memelländischen Rubelguthaben aus Moskau in die Bundesrepublik nicht möglich ist, bietet sich — bis zu einer andersartigen Regelung dieser Frage — die Möglichkeit, auf das sowjetische Anerbieten einzugehen und sich die Rubel auf ein Einzelkonto bei einer Moskauer Bank überweisen zu lassen. Man kann dann zwar nur innerhalb der Sowjetunion darüber verfügen, aber vielleicht ist das in Einzelfällen für unsere Landsleute doch interessant.

Wer an einem Einzelkonto interessiert ist, muß an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, Bolschaja Grusinskaja Ul. Nr. 17, direkt oder über die Kurierabfertigung des Auswärtigen Amtes in Bonn (Postfach) einen formlosen, jedoch maschinengeschriebenen Antrag richten, der etwa so lauten kann:

„Ich bitte Sie zu veranlassen, daß die Sowjetische Außenhandelsbank ein Einzelkonto auf meinen Namen errichtet und den von mir bei der Botschaft hinterlegten Betrag von ... Rubel auf dieses Einzelkonto überweist. Über die Eröffnung des Kontos und den Kontostand erbitte ich zu gegebener Zeit Nachricht.“

Nach Eröffnung des Kontos kann der Memelländer dann im Rahmen der gegebenen Bestimmungen, über die die Botschaft gern Auskunft erteilen wird, bei Besuchsreisen und Touristenreisen in die Sowjetunion, also z. B. auch nach Wilna und Riga, Abhebungen von seinem Konto vornehmen. Wie die Botschaft mitteilt, wird es auch möglich sein, über Rubelbeträge zugunsten von Angehörigen, die noch in der Heimat leben, zu verfügen, so daß durchaus nicht eine Reise in die Sowjetunion notwendig ist, um Überweisungen an Empfänger im Memelland durchzuführen.

Botschaft hätten abgeraten, die Rubel in Sachwerten anzulegen und diese dann in die Bundesrepublik mitzunehmen. Wenn heute der Botschafter meint, die Aussiedler hätten am ehesten mit den Landesverhältnissen vertraut sein müssen, so kann das nicht überzeugen. Der Botschafter weiß genau, daß die Verhältnisse auf einer Kolchosa des Memellandes wesentlich von denen in Moskau abwichen. Er weiß ferner, daß die Aussiedler nur ungenügend über die Verhältnisse, die sie in der Bundesrepublik erwarteten, unterrichtet waren. Es war daher natürlich, daß man Bedienstete der Botschaft um Rat fragte und sich dann auch diesem Rat fügte — obwohl er sich hinterher als falsch herausstellte.

Selbstverständlich stand für die Aussiedler das Glück über die bevorstehende Aussiedlung im Vordergrund. Aber auch in diesem Glück hatten sie keinen Grund, die Sorge um ihr geringes Eigentum zu vergessen.

Es klingt ihnen heute wie Hohn in den Ohren, wenn der Petitionsausschuß des Bundestages behauptet, sie brauchten die Rubelguthaben ja gar nicht mehr so dringend, da sie zum großen Teil erhebliche Summen, z. B. aus dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, erhalten hätten. Man sollte es doch auch im Bundes-

tag zur Kenntnis nehmen, daß nur ein kleiner Bruchteil der Aussiedler — zum Teil nach jahrelangen Kämpfen — eine Entschädigung zugesprochen erhielt, während das Bundesverwaltungsgericht inzwischen generell einen Entschädigungsanspruch nach dem KgfEG abgelehnt hat und diesen nur auf Ausnahmefälle beschränkt sehen möchte.

Der Kampf der Aussiedler um ihre Rubel kann nur auf einem Weg fortgeführt werden: Wenn sich alle Betroffenen in einer Interessengemeinschaft zusammenschließen und den Rechtsweg beschreiten.

„Wahrheit des Evangeliums“ hat eben nur die nüchternen sowjetischen Friedensvorschläge zu beweisen! Nun, ob das noch Prof. Hromadkas Meinung ist, nachdem er Ende 1969 sein Amt in der CFK zur Verfügung stellte, weil er in der Frage der Invasion in die Tschechei (August 1968) nicht der sowjetischen Sprachregelung folgen konnte, muß dahingestellt bleiben; denn er ist Ende 1969 gestorben. Aber genau dies Programm der friedliebenden Sowjetunion wird in diesem „Wort“ einfach übernommen.

Im Namen von so christlichen Worten wie Friede und Versöhnung wird alles übernommen, was die Sowjets seit Jahr und Tag konsequent und ohne jeglichen Abstrich anstreben: Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als der endgültigen polnischen Westgrenze, damit schließlich Legalisierung der gegen alles Völkerrecht vorgenommenen Vertreibung von über neun Millionen Menschen, wobei an die 2 Millionen umkamen, — Anerkennung des Heimatrechts der Polen, die nun 25 Jahre darin sind und diesen „Raum“ angeblich brauchen, und Ablehnung eines Heimatrechts derer, die 700 Jahre und mehr darin waren, — vollkommenes Absehen davon, daß die Sowjets (und mit ihnen und ihren Funktionären in Polen haben wir es allein heute zu tun!) unter Frieden nach ihrer Weltanschauung etwas ganz anderes verstehen als wir und als was in der Heiligen Schrift steht, nämlich nicht Aussöhnung im Sinne eines echten Kompromisses, wo jede Seite gibt und bekommt, sondern bedingungslose Übernahme ihrer Forderungen, mit denen sie nicht nur ihren jetzigen Machtbereich festigen und ihren Raub völkerrechtlich absichern wollen, sondern von dem aus sie dann neue Forderungen wieder im Namen des Friedens stellen, — und wir haben diese dann auch wieder im Namen der Versöhnung zu rechtfertigen und zu übernehmen, d. h. diesen Forderungen das christliche Mäntelchen umzuhängen, damit die Sowjets ihr Friedenskonzept besser bei uns „verkaufen“ können. Und was ist bis heute dabei herausgekommen — bei allem, was unsere Regierung in Moskau und Warschau schon drangegeben hat? Auch nur ein Schritt zum Frieden von ihrer Seite, z. B. in West-Berlin, in Polen selbst gegenüber unseren deutschen Schwestern und Brüdern dort (man höre doch, was die Umsiedler, die man herausgelassen hat, erzählen!) oder in der „DDR“ in Richtung einer Annäherung?

#### Gott statt Stalin

Aber die Unterzeichner des „Wortes“ sind wohl so berauscht von ihrer politischen Friedens- und Versöhnungskonzeption, daß sie das alles nicht sehen wollen! Sie „bejahen die Ostverträge aus voller Überzeugung“, geleitet von der „Frage aller Fragen: ob sie vor Gott und den Menschen ein gutes Gewissen haben können“, — und sie haben dabei sicher ein sehr gutes Gewissen, bei und vor sich selbst! Ob es nun auch ein gutes Gewissen vor Gott und vor

### Pfr. W. Marienfeld:

# Stalin — ein Werkzeug Gottes

## Evangelischer „Bruderrat“ arbeitet für die Sowjets

Ein „Wort der Mitglieder des Bruderrates der ehemaligen ostpreußischen Bekenntnis-Synode zum Warschauer Vertrag an unsere ostpreußischen Landsleute“ macht die Runde — und einigen Rumor. Im Januar 1971 wurde es veröffentlicht. In 10 000 Exemplaren wurde es gedruckt und an „alle ostpreußischen Landsmannschaften (sol), ostpreußischen Pfarrer, den Kongreß „Friede mit Polen“ (in der Frankfurter Paulskirche Ende Februar) und an politische Stellen versandt. So wenigstens der Evangelische Pressedienst Niedersachsen-Bremen vom 1. März 1971.

Wer ist denn dieser „Bruderrat der ehemaligen ostpreußischen Bekenntnis-Synode“, dessen neun Mitglieder — acht Pfarrer und eine Frau — dies Wort unterzeichnet haben?

Nun, das ist sehr schwer festzustellen, nicht einmal, was die ehemaligen ostpreußischen Pfarrer angeht. Einer unserer Pfarrer, der heimgegangene Pfr. Moritz, früher Gumbinnen, hat vor vielleicht acht Jahren eine Befragung der noch lebenden ostpreußischen Pfarrer angeregt, um im Bruderrat eine echte Repräsentation wenigstens der ostpreußischen Pfarrerschaft zu erreichen, aber er wurde brüsk abgewiesen. Warum wohl? Der „Berliner Konvent ehemaliger ostpreußischer Pfarrer“, der sich bei den Auseinandersetzungen anlässlich der Beienroder Verzichtserklärung vom Herbst 1962 zu einer Gruppe zusammenschloß, vertritt über 140 Pfarrer, die noch in Ostpreußen ein Pfarramt innehatten. Das sind bei weitem mehr als hinter dem „Bruderrat“ heute stehen. Deren Zahl wird auf 50 bis 60 geschätzt!

Das hier zur Klarstellung, damit niemand meint, hier in diesem „Wort“ rede die Evangelische Kirche Ostpreußens oder die früheren evangelischen Pfarrer unserer ostpreußischen Kirche oder die Bekennende

Kirche Ostpreußens. Es ist eine kleine Gruppe von ostpreußischen Pfarrern und einigen wenigen Gemeindegliedern, seit Jahren eingeschworen auf die politische Konzeption der Prager Friedenskonferenz, d. i. die Übernahme der sowjetischen politischen Forderungen und ihre Propagierung in den Kirchen des Westens als für jeden Christen verbindliche Forderungen — im Namen von Frieden und Versöhnung, wie die Heilige Schrift dieses von den Christen verlange. Lasse sich also hier niemand verwirren und niemand sich „umwerfen“, auch wenn sie, die Unterzeichner, in der Evangelischen Kirche heute, die die Ostdenkschrift auf ihre Verantwortung genommen hat, den Wind im Rücken haben, und wir anderen die sind, denen er von vorne bläst! Wo die Glieder der Gemeinde, auch unsere ostpreußischen Gemeindeglieder und Pfarrer in ihrer Mehrzahl stehen, ist eine Sache, die auf einem ganz anderen Blatt steht. Im übrigen sei noch vermerkt, daß man fast alle Namen der neun Unterzeichner dieses „Wortes“ auch bei der Beienroder Verzichtserklärung vom Herbst 1962 schon findet.

Aber nun noch einiges zu dem „Wort“ selbst.

Es enthält nichts Neues — gegenüber dem, was nun schon seit Jahr und Tag durch die Prager Friedenskonferenz (CFK) in unsere Evangelische Kirche in Deutschland „hineingepumpt“ worden ist. Es ist genau das, was der ehemaige Präsident der CFK, Professor Hromadka, schon im Jahre 1961 erklärte: „Die deutsche Verantwortung für den Frieden kann nur auf die Weise für den Frieden wahrgenommen werden, daß allein die nüchternen sowjetischen Friedensvorschläge und der Glaube an die Wahrheit des Evangeliums uns die Hoffnung geben, daß der Weltfriede erhalten bleiben wird. Man beachte hier genau die Reihenfolge. Die



## Haupttreffen der Memelländer in Iserlohn

am Sonntag, dem 2. Mai 1971, im Hotel Buchenwäldchen

den Menschen ist, auch vor ihren ostpreußischen Landsleuten, denen sie bezeugen, daß „Er, Gott, uns die Heimat nahm“, und „die Menschen waren“ nur „seine Werkzeuge“!? Wird da nicht Gott an die Stelle Stalins gesetzt, der den sowjetischen Machtbereich in schlauder Ausnutzung einer von Hitler heraufgeführten Situation bis an die Oder und Neiße, ja Elbe und Werra ausdehnte und neun Millionen ihrer Heimat beraubte, – und seine Nachfolger sichern diese Ausdehnung heute nun vertragsmäßig ab! Das diese Nennung des Namens Gottes, wo unmenschliches Handeln eines einer Weltanschauung verschworenen Diktators ist, nimmt mir freilich den Atem! Stalin – ein Werkzeug Gottes?! Hier muß ich wirklich erklären: Ihr habt einen anderen Glauben! Ich will den Gott preisen, der uns in seiner Barmherzigkeit durchtrug durch den Sturm von Rache und Vergeltung, durch Gewalt und brutalen Terror, – aber Ihm, Gott, die Verantwortung dafür in die Schuhe schieben?! Nein, das geht doch nun wirklich nicht mehr! Das ist doch Sünde wider das 2. Gebot!

Ich will mit einigen Sätzen aus der Erklärung des Vorstandes der Gemeinschaft

evangelischer Ostpreußen vom Dezember 1970 schließen:

„Auch wir wollen Frieden, Versöhnung und Verständigung mit dem polnischen und dem russischen Volk. Wir bezweifeln aber sehr, daß es auf dem Wege der vorliegenden Verträge dazu kommen kann... Verträge, die nicht Rücksicht nehmen auf Menschen- und Völkerrecht und die ein Diktat darstellen, können keinen dauerhaften Frieden schaffen und ihn auch nicht fördern.“

Wir aber wollen, daß aus dem Leiden der Völker Europas, besonders in den letzten Jahrzehnten, an dem die Polen und wir Heimatvertriebenen einen sehr hohen Anteil haben, etwas Neues werde, nämlich das geeinte Europa, ‚in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können‘, – auch ohne Angst und Mißtrauen voreinander“ (Charta der Heimatvertriebenen von 1950).

Wir bitten euch, Brüder und Schwestern unserer ehemaligen evangelischen Kirche Ostpreußens, für diesen Frieden, der allein den hohen Namen Frieden verdient, alle Kraft gerade jetzt einzusetzen.

## Die Ostsee als »Rotes Meer«

Auf der 15. Arbeitstagung der Baltischen Gesellschaft in Lüneburg sprach Ernst A. Legahn über die „Außenpolitik der DDR im Ostseeraum“. Wir entnehmen den „Mitteilungen aus baltischem Leben“, Nr. 4 (72), die folgende Zusammenfassung:

Der Geschäftsführer der Ost-Akademie, Ernst A. Legahn, der über die „Außenpolitik der DDR im Ostseeraum“ sprach, gab einen Überblick über die bisherigen Vorarbeiten und Ergebnisse eines umfangreichen Forschungsauftrages, nachdem er in Schweden (Stationen: Landskrona, Lund, Malmö) gewesen war und in Stockholm im „Estonischen Haus“ erstmals zu diesem Thema vor einem kleinen Kreis von Repräsentanten estnischer und lettischer Exilorganisationen gesprochen hatte.

Ausgehend von der Tatsache, daß die Ostseeküste der Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit sich auf knapp 100 km erstreckte und die von der Sowjetunion beherrschte Ostseeküste heute mit mehr als 1500 km von Viipuri bis Travemünde reicht, daß man zwar von der Ostsee als einem „Meer des Friedens“, spricht, daß man sich recht eigentlich jedoch ein „Rotes Binnenmeer“ wünscht, politisch, wirtschaftlich und militärisch, wies der Referent nach, daß dieses Wunschziel durchaus nicht neu sei. Dies zeigt eine Erklärung des Petrograder Parteisekretärs Zinowjew vom 25. 12. 1919, daß die Ostsee zu einem Meer der sozialistischen Revolution werden müsse. Legahn wies auf die unlegbare Tatsache hin, daß die Ostsee im Bewußtsein der Deutschen allgemein außerhalb des politischen Blickfeldes liege, doch in dieser „ruhigen Ecke Europas“ herrsche nur scheinbar eine politische Windstille. Es ist die Mission der „DDR“, Erfüllungshilfe der Sowjetunion, und innerhalb des sozialistischen Lagers ihren Beitrag bei der Durchsetzung ihrer politischen Absichten im internationalen Rahmen

zu leisten, wobei sie zugleich die eigenen Absichten um internationale Aufwertung und Anerkennung verfolgt.

Im einzelnen analysierte Legahn die Mittel, die von der „DDR“ in den skandinavischen Ländern eingesetzt werden, wobei besonderes Gewicht auf Schweden gelegt, aber auch Finnland als „Schaufenster der Koexistenz“ mit der Sowjetunion gestreift wurde, während bei den NATO-Partnern Norwegen und Dänemark sich die politischen Agitatoren von außen nur auf eine unbedeutende Minderheit stützen könnten. Die Außenpolitik der „DDR“ sei nicht mit unseren Maßstäben zu messen, denn Handels- und Kulturbeziehungen stehen dort im Dienste der Außenpolitik. Die Methoden, derer sie sich dabei bedient, sind mannigfaltig und differenziert, der Apparat dynamisch, einfallreich und gut finanziert. Das Ziel: Ausbreitung und Förderung des Kommunismus, im Einklang mit der Sowjetunion, die eigenstaatliche und völkerrechtliche Anerkennung auf internationaler Ebene. Es folgte ein geradezu erstaunlicher Katalog der direkten und der indirekten sowie der inoffiziellen Träger der Auslandsaktivität der „DDR“, der den Umfang dieser Seite der propagandistischen Arbeit in geradezu erschreckender Weise deutlich machte. Dem von der Sowjetunion und ihren Satelliten angestrebten „Roten Binnenmeer“ stellte der Referent das „Mare liberum“ gegenüber, das weiterhin als völkerverbindende Brücke dienen müsse. Auf die weiteren Ergebnisse seiner Arbeit und ihre in Buchform geplante Veröffentlichung dürfen wir gespannt sein.

## Kurznachrichten aus der Heimat

### Dauernd Stromausfall

In einem Eingesandt an die „Tiesa“ wird Klage geführt über die häufigen Unterbrechungen der Stromversorgung durch das Memeler E-Werk. Leider würden die Verbraucher nur ungenügend über beabsichtigte Instandsetzungsarbeiten verständigt. Der Strom falle aus, wenn man gerade die Waschmaschine anstellen wolle, oder schon vor dem Frühstück. Bei der Heimkehr finde man die kalten Heizkörper, weil es ohne Strom auch kein Wasser gebe. Verzweifelt fragt der Einsender, ob denn dieses Problem nicht einmal gelöst werden könne. **al**

\*

Nach dem Bericht der „Tiesa“ sorgt die Bauorganisation der Eisenbahn für Wohnraum für die bei ihr Beschäftigten. 32 Wohnungen konnten im Februar bezogen werden. Für dieses Jahr ist der Bau eines Wohnhauses mit 180 Plätzen und eines Wohnhauses mit 53 Wohnungen vorgesehen. **al**

### Zweckentfremdete Kunststoffnetze

Nach einem Bericht der „Tiesa“ werden die jährlich anfallenden für die starke Beanspruchung beim Fischfang nicht mehr geeigneten Fangnetze aus Kunststoff zu Säcken für den Transport von Gemüse usw. verarbeitet. Ebenfalls werden daraus Netze zum Einhüllen von Beerenobststräuchern gegen den Vogelfraß hergestellt. Merkwürdigerweise mangelt es für diese Erzeugnisse in Litauen an Interessenten. Der größte Teil der Netze gehe in die Ukraine und auch in Gebiete in Asien. **al**

### 80 000 Museumsbesucher

Die „Tiesa“ berichtet, daß die Museen in Litauen 1970 von über 3 Millionen Menschen besucht worden seien. Besonderes Interesse galt den volkskundlichen Ausstellungen. Dabei erreichte das Museum in Memel mit 80 000 die höchste Besucherzahl. **al**

\*

In der „Tiesa“ werden die Pläne über das in Memel einzurichtende Meeresmuseum veröffentlicht. Danach ist beabsichtigt, das Museum im Süderspitze-Fort einzurichten. In den ehemaligen Kasematten sollen Ausstellungstücke und Urkunden untergebracht werden, die von der „alten Geschichte der litauischen Schifffahrt“ berichten. Im Zentrum des Forts werden in der wiederhergestellten runden Bastion große Aquarien mit Meerestieren und -pflanzen angelegt werden. In einem „Ozeanarium“ sollen große Meerestiere aufgenommen werden. Man hält das Süderspitze-Fort für den geeignetsten Platz. Es ist von drei Seiten vom Wasser umgeben. Das für die Aquarien in größerer Menge gebrauchte frische Meerwasser befindet sich in der Nähe. Auf dem Wasser der Umwallungsgräben sollen restaurierte alte Fischerfahrzeuge schaukeln. Von den Wällen öffnet sich die Aussicht auf den gegenüberliegenden Handelshafen. Diese günstigen Verhältnisse lassen den von anderer Seite gemachten Vorschlag, ein Meeresmuseum bei Polangen einzurichten, ablehnen. Mit dem Entwurf zum Meeresmuseum ist ein ganzes Kollektiv befaßt, dem neben Architekten und Amtsträgern des Naturschutzes noch Künstler, Journalisten u. a. angehören. Die Leser der „Tiesa“ werden aufgefördert, Vorschläge zu machen und insbesondere darüber nachzudenken, ob sich nicht zu Hause für die Ausstellung geeignete Gegenstände oder Urkunden befinden. **al**

Phantastischer sowjetischer Plan:

## Die Ostsee soll abgeriegelt werden!

Die Ostsee soll durch Dämme abgeriegelt werden und zu einem Süßwassermeer umgewandelt werden! Mit diesem phantastischen Projekt des sowjetischen Geologen Professor M. M. Krylow beschäftigt sich zur Zeit die Ostpresse in eingehenden wissenschaftlichen Berichten. Westliche Fachleute stehen diesem Plan mit viel Skepsis gegenüber. Allein die Kosten des gewaltigen Bauvorhabens, so argumentieren sie, dürften die finanziellen Mittel der interessierten Staaten überfordern. Wie dem auch sei; für uns ist diese Entwicklung äußerst beachtenswert. Nicht nur, weil es gut ist zu wissen, was sich einmal direkt „vor unserer Haustür“ abspielen könnte, sondern auch, weil die Realisierung des Ostseeplanes zweifellos für Nordostdeutschland zumindest klimatische Einflüsse mit sich bringen würde. Der nachfolgende Bericht über das „Süßwassermeer Ostsee“ schildert das Projekt aus sowjetischer Sicht:

Die sich von Süd nach Nord erstreckende, fast 1200 Kilometer lange Ostsee bestimmt das Gesicht des nordwestlichen europäischen Festlandes. Das Klima der Ostsee ist rau und unbeständig, die Menschen der Ostseeländer stehen seit Jahrhunderten im Kampf gegen die Unbilden der Natur. Mühevolle

Arbeit hat es die Menschen der Baltenländer gekostet, ihren schweren Boden zu bearbeiten, der von grauen Steinblöcken, Lehm, Sanddünen und unendlichen Hügeln bedeckt ist, dem Erbe der dreimal anrückenden Eisberge aus der Eiszeit unserer Vorgeschichte.

Das Baltikum liegt an einem der beliebtesten Brennpunkte großer Luftströmungen unseres Planeten. Über dem Baltikum stoßen die feuchten Winde, die vom Atlantischen Ozean wehen, mit den kontinentalen Luftmassen zusammen. Aus diesem Grunde ist das Wetter über dem Baltikum sehr unbeständig. Bald weht starker Wind, bald herrscht dichte Bewölkung; dann treten unerwartete Fröste auf, oder mitten im Winter taut es. Das Unangenehmste ist wohl der Regen. Es regnet zu häufig und zu stark. **In Litauen gibt es zum Beispiel im Verlauf von zwanzig Jahren einen einzigen warmen Monat, in dem es an zwanzig Tagen nicht regnete. Zehn regenfreie Tage hintereinander sind eine Seltenheit. Zu allem Übel ist die feuchteste Jahreszeit der Herbst, wo gerade die Ernte eingebracht werden muß.**

Die Ostsee wird lediglich durch die Dänische Meerenge mit dem Ozean verbunden. Sie ist sehr seicht. Die Meerestiefe entlang

den zerklüfteten Küsten und zahlreichen kleinen Inseln übersteigt kaum 30 bis 40 Meter. Die geringe Tiefe und die große Fläche der seichten Küstengewässer schaffen ideale Voraussetzungen für eine Durchwärmung des Meerwassers in der warmen Jahreszeit. Die Ostsee könnte eine Art riesenhafter Heizofen sein, der im Sommer die Wärme speichert und im Winter das Land erwärmt.

Zu den verschiedensten Zeiten haben sich Wissenschaftler Gedanken über das Problem gemacht, die Ostsee künstlich in einen gigantischen Süßwassersee zu verwandeln. Die Ostsee hätte dann in der Tiefe viel wärmeres Wasser, sie würde lange Zeit wohl gar nicht gefrieren. Viel warmes Wasser könnte im Herbst und Winter verdunsten. Dadurch würde das Klima der baltischen Gebiete warm und trocken, der Boden würde sich verbessern, die Vegetationszeit der Pflanzen sich verlängern. Man rechnet damit, daß jährlich riesige Wassermengen von etwa 30 Milliarden t in Form von Dampf und Wolken weiter nach Osten ziehen würden. Diese Wassermengen dürften vor allem dort als Regen niedergehen, wo der Bauer zum Unterschied von seinen Kollegen in Litauen oder Dänemark hoffnungslos zum blauen Himmel in Erwartung des ersehnten Regens blickt.

Es ist nach sowjetischer Ansicht relativ leicht, die Ostsee in einen See zu verwandeln: Die Dänische Meerenge müßte durch Spezialdämme überbrückt werden. Der Große Belt, der Kleine Belt und der

# Es geht am 25. April um Euer Schicksal!

## Denkt an Eure Heimat und an Eure Freiheit!

Jedem vierten Bürger von Schleswig-Holstein wurde seine Heimat genommen, als sie kommunistisch wurde.

Oder er hat sie um der Freiheit willen verlassen müssen.

Die Ost-Verträge, die die Bonner SPD-F.D.P.-Koalition voreilig unterzeichnet hat, nützen nur der Macht, unter deren Herrschaft täglich das Recht und die Würde der Menschen mit Füßen getreten werden.

Deshalb sorgt mit Euren Stimmen am 25. April dafür: Schleswig-Holstein darf nicht sozialistisch werden.

Darum keine Stimme für Steffens SPD und seine Steigbügelhalter von der F.D.P.!

**Dr. Philipp von Bismarck**  
Pommern

**Dr. Hans Edgar Jahn**  
Pommern

**Reinhold Rehs**  
Ostpreußen

**Joachim Freih. von Braun**  
Ostpreußen

**Dr. Herbert Czaja**  
Oberschlesien

**Heinrich Windelen**  
Schlesien

**Prof. Dr. Klöden**  
Schlesien

**Friedrich Neste**  
Berlin, Mark Brandenburg

**Dr. Franz Böhm**  
Sudetenland

**Rudolf Wollner**  
Sudetenland

**Gustav Drevs**  
Mecklenburg

Öresund sind schmal und nicht tief. Der Große Belt ist zum Beispiel nur 10 Meter tief und 20 Kilometer breit.

Allerdings: die Dämme in der Dänischen Meerenge sind ziemlich komplizierte Anlagen. Auf dem Unterwasserdamm, der die natürliche Strömung abschneidet, müssen zahlreiche Stahltore errichtet werden, die sich frei zum Atlantik öffnen. Die Tore werden das Wasser der oberen Süßwasserströmung zum Kattegatt durchlassen. Wenn die Richtung der Oberwasserströmung dreht und das Salzwasser zur Ostsee fließt, werden sich die Tore unter dem Wasserdruck automatisch schließen.

Die Sowjets haben errechnet, daß man für diese Abschnürung der Ostsee etwa 20 Millionen Kubikmeter Beton und Steine sowie 1500 Schleusentore benötigt. Die Bauzeit würde mindestens 10 Jahre betragen.

Der sowjetische Ostseeplan ist nur in Koordination mit Dänemark und Schweden zu realisieren. Denn die entscheidenden Bauwerke, die Absperrdämme, liegen im Bereich dieser Staaten. Erst ein Heer wissenschaftlicher Gutachter hätte zu prüfen, ob den von sowjetischer Seite geschilderten Vorteilen des Ostseeplanes nicht schwerwiegende Nachteile gegenüberstünden.

„Bau-Markt“, 23/70

## 1985 wird Memel wieder deutsch!

### Ein Memelländer mit der Gabe des „zweiten Gesichts“

Der Memelländer Kurt Sz. betont, daß er weder Wahrsager noch Hellseher sei. Er hat jedoch die Gabe des „Zweiten Gesichts“, die in unserer Heimat gar nicht so selten war. Er hat nach seinen eigenen Angaben wiederholt Visionen und Wahrträume gehabt, die sich später wörtlich erfüllten. Auf Veranlassung der BILD-Zeitung, die eine Umfrage zum Thema „Sechster Sinn“ veranstaltet hatte, wurden die Unterlagen von Sz. an das Institut für Grenzgebiete der Psychologie und Psychohygiene in Freiburg im Breisgau weitergeleitet. Prof. Dr. Hans Bender bescheinigte Sz., daß seine Ergebnisse zu den ganz seltenen Fällen gehören, objektiv dokumentiert sind und auch schärfster Kritik standhalten.

Kurt Sz. hatte dem Freiburger Professor schriftliche Unterlagen aus den vierziger Jahren vorgelegt, die seinen erstaunlichen Blick in die Zukunft bewiesen. Er bittet uns nun, seine Zukunftsvision bis zum Jahre 1998 abzudrucken, damit sie durch diesen Abdruck dokumentiert sei. Später würden nämlich viele behaupten, sie hätten alles, was eingetroffen sein wird, vorausgesehen. Sz. aber will es mit einer Dampfboot-Nummer beweisen können.

Was haben wir also von der Zukunft zu erwarten? 1985 wird Memel wieder deutsch werden. Das Deutsche Reich wird Mittelpunkt eines vereinigten Europas – EURO genannt –, das von Lissabon bis zum Nordkap reicht. Wie weit die West-Ost-Er Streckung geht, darüber sagt Sz. nichts. In Ostpreußen werden bis Nimmersatt hinauf wieder Deutsche leben, doch nicht nur Ostpreußen und Memelländer, sondern ein Drittel West- und Mitteldeutsche, die sich inzwischen hier angesiedelt haben. Im südlichen Ostpreußen sowie in den heute polnisch besetzten anderen deutschen Provinzen werden neben Deutschen auch Polen in Eintracht leben. Das Gebiet wird einen Autonomiestatus besitzen und EURO direkt unterstellt sein.

EURO wird eine eigene europäische Gesellschaftsordnung entwickeln, die weder kommunistisch noch kapitalistisch im alten Sinne ist. Die Landwirtschaft wird genossenschaftlich organisiert sein, sich aber dennoch vom sowjetischen Kolchosensystem unterscheiden. Das Wochenende wird bis dahin auf drei Tage ausgedehnt werden. Viele Memeler werden ihre Wochenendhäuser in Polangen haben, da Ländergrenzen keine Rolle spielen werden.

Sz. vergißt auch das „Memeler Dampfboot“ nicht. Es wird als große Tageszeitung in Memel erscheinen.

Wie aber soll es zu dem großen Wandel kommen? Sz. sieht in Asien die „gelbe Gefahr“ aufwachsen und bewegt sich damit im Bereich der Voraussagen Starlingers. Chinesen, Inder und Japaner sind ins Unermeßliche angewachsen. Das dünn besiedelte

Sibirien wirkt auf diese Völker wie ein Magnet. Obwohl die Sowjetunion eine Atommacht ist, kann sie dieses Problem nicht mit der Bombe lösen, da auch China Atombomben werfen kann. Das Risiko eines Atomduells will der Kreml nicht eingehen,

**Sz. wurde 1918 im Memelland geboren. Seine Eltern besaßen dort einen Bauernhof von 22 Hektar. In der Litauerzeit mußte er gegen seinen Willen eine Dorfschule besuchen, der die Litauer die litauische Unterrichtssprache aufgezwungen hatten. Sein Lehrer war ein Deutscherhasser. Trotzdem hielt der junge Sz. an der Hoffnung fest, das Memelland werde wieder deutsch werden. Dieser Traum wurde 1939 wahr. Sz. wurde zur Marine eingezogen und war vom ersten bis zum letzten Tage des Krieges Soldat. Seine junge Frau mußte ohne ihren Mann auf die Flucht gehen. Unterwegs auf den Fluchtstraßen gebar sie ihren Sohn. Von den Russen überrollt, wurde sie zur Rückkehr an den Heimatort gezwungen. Fünfzehn Jahre mußten die Eheleute auf das Ende ihrer Trennung warten. 1959 lagen sie sich glücklich in den Armen. Ein memelländisches Normalschicksal, wenn man solche Prüfungen des Schicksals normal nennen kann.**

da die Russen den Asiaten zahlenmäßig weit unterlegen sind und überdies den in zwischen errungenen bescheidenen Wohlstand nicht aufs Spiel setzen wollen.

Da die Sowjets in der westlichen Welt, insbesondere in EURO nicht auf Sympathie rechnen können, entschließen sie sich, alle nach 1938 annektierten Gebiete zu räumen, falls EURO sie im Osten unterstützt. Sie sind zwar gezwungen, Ostsibirien bis zum Jenissei den Chinesen zu überlassen, entschließen sich aber, Westsibirien so dicht zu besiedeln, daß es seine Anziehungskraft auf die Chinesen verliert. Hier werden nicht nur die Ost-

sibirischen ansässig, aus Ostpolen, dem nördlichen Ostpreußen und anderen Gebieten holen die Russen ihre Landsleute nach Sibirien.

Die Russen werden übrigens der Welt eine Wunderdroge schenken, die das Leben des Menschen erheblich verlängert, im allgemeinen um zwanzig Jahre, so daß Neunzigjährige keine Ausnahme mehr sein werden.

Soweit die Vision unseres Landsmannes. Sie mag für viele unserer Leser phantastisch sein. Als reines Phantasiegebilde sah man zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg in ostpreußischen Lesebüchern die Ballade „Der Wächter von Szillen“ von Charlotte Wüstenhöfer an, die den Untergang Ostpreußens und die Flucht der Ostpreußen in einer schauerlichen Realistik voraussah. Warten wir also ab. Heben wir diese Zeitung auf! Geben wir sie unseren Kindern und Enkeln mit der Bitte um sorgfältige Aufbewahrung. In vierzehn Jahren schon werden wir wissen, woran wir sind.

Heinrich A. Kurschat

## BÜCHER sind immer schöne Geschenke!

H. A. KURSCHAT

### Das Buch vom Memelland

Heimatkunde eines deutschen Grenzlandes, Format 16×23,5 cm  
644 Seiten Leinen DM 31,00

### „Das Memelländische ABC“

Volkkundliches Wörterbuch DM 6,60

### Wunderland Kurische Nehrung

Bildband einer unvergeßlichen Landschaft, 80 Seiten, 125 Bilder  
von H. A. Kurschat DM 7,50

MARGARETE FISCHER

### Ein güldner Kelch, der alle Welt trunken machte

Vom Ende des babylonischen Reiches  
Roman, 216 Seiten, Leinen DM 21,00

ALBERT UNGER

### Der Auszug der Deutschen aus Litauen

60 Seiten, bebildert, broschürt  
DM 5,00 + 0,50 DM Porto

CHARLOTTE KEYSER

### Von Häusern und Höfen daheim klingt es nach

Geschichten aus dem Stromland der Memel mit eigenen Zeichnungen,  
136 Seiten, bunter Glanzeinband  
\* DM 7,60

ERICH KARSCHIES

### Der Fischmeister

Der beliebte Heimatroman, 288 Seiten  
Leinen DM 12,80

### Bildkarte „Rund um das Kurische Haff“

Format 70 × 100 cm – mehrfarbiger  
Offsetdruck. Der Versand erfolgt gerollt in fester Papphülle DM 5,60

## F. W. Siebert Verlag

Abteilung Buchversand

29 Oldenburg · Ostlandstraße 14

## Werner Scheu: **Forschung hinter Gittern**

**Ein wissenschaftliches Werk des memelländischen Arztes**

Werner Scheu ist unseren Lesern nicht unbekannt. Er war ein bekannter Heydekruger Arzt, der nach dem Kriege in einem Kinderheim auf Borkum eine neue Existenz begründet hatte. 1960 wurde er in Untersuchungshaft genommen und stand 1961 als Angeklagter in einem Kriegsverbrecherprozeß vor dem Schwurgericht in Aurich. 1941 waren in dem litauischen Grenzort Neustadt über 200 Juden erschossen worden. Dr. Scheu wurde wegen Beihilfe zum Mord zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Fünfte Strafsenat des Bundesgerichtshofes hob das Auricher Urteil als zu milde auf und verlangte Wiederholung des Prozesses unter Berücksichtigung des Verdachtes der Mittäterschaft am Mord. 1964 — Scheu befand sich noch immer in Untersuchungshaft — kam es zum zweiten Auricher Schwurgerichtsverfahren. Noch einmal manschierten an mehr als 30 Verhandlungstagen die Zeugen auf. Noch einmal wurden alle Einzelheiten des damaligen Prozesses erörtert. Auch diesmal kam das Gericht zu keinem wesentlich anderen Ergebnis. Scheu war Augenzeuge des Massakers gewesen, aber nur in einem Fall sollte er einem der angeschossenen Opfer den Gnadentod gegeben haben. Er wurde wegen gemeinschaftlich begangener Beihilfe zum Mord an 212 Menschen und wegen Beihilfe bei der Ermordung eines Menschen zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Gericht zollte damit der so drastisch geäußerten Tendenz des Bundesgerichtshofes seinen Tribut. Aber den Berliner Bundesrichtern war das Urteil immer noch nicht streng genug. Ohne Scheu auch nur einmal gesehen oder gehört zu haben, ohne weiteres Verfahren setzten sie sich über die Auricher Urteile hinweg und „berichtigten“ das Urteil auf ihre Weise. Dr. Scheu wurde wegen gemeinschaftlichen Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt — eine Randfigur war zum Hauptschuldigen geworden.

Dr. Scheu ist ganz offensichtlich ein Opfer der Vergeltungspsychose der frühen sechziger Jahre geworden. Was er an Schuld auf sich geladen hatte, muß selbst der größte Gerechtigkeitsfanatiker durch fünf Jahre

Untersuchungs- und fünf Jahre Straftaft als gesühnt ansehen. Dr. Scheu hat in den letzten Jahren wiederholt von sich reden gemacht. Er hat einen umfangreichen Roman „Birute“ veröffentlicht, der an einer Frauengestalt das Schicksal Litauens in einer für einen Memeldeutschen überaus versöhnlichen Weise darstellt. Er hat Feuilletons verfaßt und auch über die Memelfrage geschrieben. Ein Roman aus der Litauerzeit des Memellandes harrt noch der Veröffentlichung.

Sein neuestes Werk aber liegt auf einer ganz anderen Ebene. Scheu hat eine wissenschaftliche Arbeit über die „Verhaltensweise deutscher Strafgefangener heute“ in der Reihe der Kriminologischen Studien des Verlages Otto Schwartz & Co., Göttingen, vorgelegt, der die Herausgeber Prof. Dr. Schaffstein und Prof. Dr. Schüler-Springorum ein Vorwort beigegeben haben. Sie bezeichnen Scheus Arbeit als besonders bemerkenswert, weil die meisten Untersuchungen zum Strafvollzug sich nur auf Fragebogen, Akten und Gesprächen stützen. Werner Scheu hat darauf verzichtet, Haftmemoiren zu schreiben, obwohl er sicher auch für diese den Stil mitbringt und Interesse erwarten kann. Als Arzt an wissenschaftliches Denken gewöhnt, hat er seine zehnjährigen Beobachtungen hinter Gittern zu Papier gebracht und daran Gedanken zur Psyche des Häftlings und zur Reform des Strafvollzuges geknüpft. Fremd- und Eigenbeobachtungen gelten der Wirkung des Freiheitsentzuges und den Verhaltensweisen des Strafgefangenen. Mit eindrucksvoller Offenheit geht Scheu an so heikle Fragen wie Schuldprobleme, kirchliche Betreuung und Häftlingssexualität heran. Er weiß als Häftling mehr als die Beamten, über die er ein bemerkenswertes Kapitel liefert. Er weiß

mehr als der Seelsorger oder der Gefängnisarzt, denn er ist einer von ihnen, ein „Knastologe“, der das Vertrauen der „Knastbrüder“ hat. Scheu schreibt eben eine Arbeit, die nur ein intelligenter Strafgefangener schreiben konnte. Weder aus Amerika noch aus Deutschland liegt bisher auch nur ein annähernd ähnliches Werk vor.

Die Studie wendet sich natürlich vorwiegend an den Fachmann, sie ist jedoch auch für den an Fragen des Strafvollzuges interessierten Laien zugänglich und nicht nur auf Grund ihrer zahlreichen Beispiele eine fesselnde Lektüre. Es wäre für den Verfasser gewiß verlockend gewesen, „aus der Schule“ zu plaudern und seine minder intelligenten Mitgefangenen bloßzustellen. Er ist dieser Gefahr nicht erlegen. In unterkühlter Distanz stellt er exemplarische Fälle und Verhaltensweisen vor, nie vergessend, daß er noch jenseits des Gitters steht. Seine „Knastbrüder“ werden es ihm danken, denn in den Bemühungen, ihnen ein besseres Verständnis zu sichern, hat er seine Arbeit durchgeführt.

Die Broschüre von 150 Seiten kostet 9,50 DM und ist auch durch unseren Verlag zu beziehen.  
**H. A. Kurschat**

### „Goldenes Abijubiläum am 22. 5. in Hann. Münden“

Der Abiturientenjahrgang 1921 des Luisengymnasiums Memel versammelt sich am 12. Mai 1971 auf der Eberburg in Hann. Münden, um mit Angehörigen und Freunden das Goldene Abijubiläum festlich zu begehen. Von den 8 Abiturienten leben noch 5: Dipl. Ing. H. Freund — Braunschweig, Walter Günther — Wiesbaden, Dipl. Ing. H. Kiehn — München, Arthur Strempler — Bonn, Werbeberater Richard C. Taureg — Hann. Münden. M. Kahn starb 1924, R. Zander fiel 1945 in Königsberg, Landgerichtsdir. H. Kork verunglückte tödlich 1968.

Für den 21er Jahrgang ist es nach der Vertreibung eine liebgewordene Tradition geworden, den Heimatgedanken und den Zusammenhalt durch regelmäßige Besuche untereinander getreulich zu pflegen.

### Nach Redaktionsschluß:

#### Memellandgruppe Flensburg

Wir kommen **am Sonnabend, dem 8. Mai, um 19 Uhr**, in Dittmers Gasthof, Flensburg Neumarkt, zu einem gemütlichen Frühlingsabend zusammen, zu dem wir die Landsleute mit Gästen bitten.

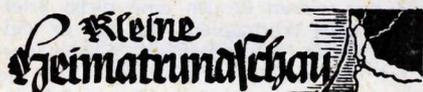
\*

Auch in diesem Jahr führten wir das zur Tradition gewordene Essen durch; es gab wiederum Eisbein, nachdem wir in den Vorjahren den einheimischen Grünkohl und andere Gerichte genossen hatten. Der Besuch war sehr gut, sowohl an Landsleuten als auch an Gästen. Das Essen und der dazu getrunkene Korn sorgten für die Stimmung und eine weitere Aufmunterung boten einige Tänzchen nach Schallplattenmusik. Erst eine ganze Weile nach Mitternacht gingen die Besucher heimwärts. Man sieht, daß der alte Spruch: „Essen und trinken hält Leib und Seele zusammen“ sich stets bewahrt.  
**Der Vorstand**



**Kameradschaft in Wieszen**

Die Bauernjugend aus der Gegend von Wieszen pflegte unter Willi Nopens (im Bilde rechts) gute Kameradschaft. Am 1. Mai 1933 ließ sich die Gruppe unweit der Chaussee zum Bahnhof Jugenaten „verewigen“. Wir erkennen u. a. Preugschas, Jenschuck, Geschwister Wehlus, Gerullis, Bertuleit, Pagirnus, Patuga, Kausch, Wiegatz und Fräulein Tupat.



### Spezialschiff von der Lindenau-Werft

Von der Lindenau-Werft, Kiel-Friedrichsort, wurde der Tanker „Toltek“ für die Atlantic-Rhederei F. & W. Joch, Hamburg, auf Probefahrt geschickt. Das Schiff ist mit einer Tragfähigkeit von 3165 Tonnen das größte bisher von der Werft gebaute Schiff. Es ist hauptsächlich für den Transport von Süßöl vorgesehen. Ein Schwesterschiff (Werftnummer 151) soll im nächsten Jahr abgeliefert werden. Die „Toltek“ (1599 BRT, 3520 cbm) hat 12 Ladetanks. Die vier Pumpen haben eine Leistung von 395 cbm/st. und erlauben eine Beladung innerhalb von 2 1/2 Stunden. Ein 2300 PS-MaK-Diesel gibt 13,4 Knoten Geschwindigkeit.

### Sowjets feierten Eroberung Memels

Wie die „Tiesa“ berichtet, wurde auch in diesem Jahr die „Befreiung Memels vom Hitlerjoch“ gefeiert. An dem auf dem Hindenburgplatz errichteten Denkmal wurde der gefallenen Sowjetsoldaten gedacht. In einer Ausstellung wurden die Vorschläge von Architekten und Bildhauern zur Gestaltung des Platzes im Zentrum der Stadt gezeigt, durch die das Gedächtnis an die kampflose Einnahme der geräumten Stadt verewigt werden soll. **al.**

### Vietnamesen auf der Werft

Wie die „Tiesa“ berichtet, besteht bei der Medizinischen Lehranstalt in Memel eine internationale Gruppe, deren Mitglieder „herzliche Freundschaft“ mit Angehörigen Nordvietnams verbindet, die ihre praktische Ausbildung auf der Memeler Werft empfangen. **al.**

### Museum in Süderspitze?

In Memel ist in der Libauer Straße in einem zweistöckigen Haus die erste Ausstellung des zukünftigen Meeresmuseums hergerichtet worden. Sie befaßt sich mit der Geschichte der litauischen Schifffahrt. Die Hauptaufgabe des Museums wird aber die Sammlung von Ausstellungsstücken für das neue Museum sein, das in den Kasematten des Süderspitzeorts eingerichtet werden soll. Die Ausstellungsstücke für das in einigen Jahren zu eröffnende Museum werden bereits jetzt gesammelt. Es sind schon verschiedene Spenden eingegangen, und es mangelt nicht an für das Museum Begeisterten, die weiteres Material sammeln. **al.**

### Automation am Fischereihafen

Die „Tiesa“ berichtet, daß auf Anordnung des Ministers für die Fischwirtschaft der UdSSR dem Fischereihafen in Memel die Bezeichnung „Demonstrationsversuch“ verliehen worden sei. Im Memeler Hafen werden Neuerungen im Verladewesen erprobt. Besonders das Löschen der Fischdampfer ist weitgehend mechanisiert. In den Tiefkühlräumen herrscht Kälte von 20–25 Grad. Man ist bestrebt, die Zahl der unter solchen ungünstigen Bedingungen Tätigen möglichst zu verringern und die Arbeiten durch automatische Anlagen ausführen zu lassen. Der Memeler Hafen ist reich ausgestattet mit mechanisierten Anlagen, die die Handarbeit ausschaltet haben. Von den Ingenieuren in Memel sind besondere Typen von Ladevorrichtungen entwickelt und erprobt worden. Die Erfolge wecken das Interesse der Fachleute in anderen Häfen. Bei häufigen Besuchen in Memel werden Gäste stets gastfreundlich aufgenommen. **al.**

## „Dreimädelhaus“ in Memel wartet auf Reisedokumente

### Martin Wilks in Pivitsheide V. L. beantragte die Ausreise – Nachricht aus Hamburg

Es ist eines von vielen Schicksalen, geprägt von den Folgen des letzten Krieges; das Schicksal des Schlossers Martin Wilks, 63, und seiner Familie. Vor drei Jahren verließ er mit seiner Frau Maria, 66, sein Heimatdorf Aglonen im Memelland mit 70 kg Gepäck pro Person. Im Haus der Tochter mit Familie in Pivitsheide V. L., Detmolder Straße, fanden die beiden Ausiedler liebevolle Aufnahme.

„Alte Bäume verpflanzt man nicht“, heißt es im Volksmund, doch davon will Martin Wilks nichts wissen. Ihm gefällt es in Lippe – besser als unter den fremden Menschen, die 1945 ins Land einfielen, und deren Sprache er nicht spricht. Zum seelischen Ausgleich paßte körperliche Gesundung. Der kräftig gebaute Schlosser, der im Grenzdurchgangslager Friesland ganze 120 Pfund wog, hat sich binnen dreier Jahre auf 90 kg Gewicht hochgefuttern.

Im vergangenen Jahr hat Martin Wilks ein „Wysow“ (Ausreisevisum) beantragt für seinen Sohn mit Frau Eugenia und den Kin-

dem Wida (11), Irene (10) und Ilona (1). Die junge Familie, der Sohn ist 34 Jahre alt, lebt in Memel. Martin Wilks jun. arbeitet dort in seinem Beruf als Schlosser in einer Fabrik.

Kürzlich traf in Pivitsheide V. L. ein Schreiben des DRK-Suchdienstes Hamburg ein. Der Inhalt löste beim Ehepaar Wilks große Freude aus. Unter anderem hieß es in dem Brief:

„Die Deutsche Botschaft Moskau hat den Sichtvermerk für die Einreise in die Bundesrepublik erteilt, und die Reisedokumente werden Ihren Angehörigen in den nächsten Tagen durch die örtliche Milizbehörde ausgehändigt.“

Sohn Martin hat ebenfalls geschrieben. Er hofft, Ostern bereits in Friedland zu sein. Ob er nach Lippe kommt, wird von einigen Faktoren abhängen. Der Vater hofft es. Er und seine Frau haben noch keinen Tag ihres Hierseins bereut. **Mc.**

„Lippische Landeszeitung“

## Memelländische Bauernhochzeit 1920



Gruppenbilder drucken wir nicht sehr gern ab, weil sie meist nur für die Abgebildeten interessant sind. Das Hochzeitsbild, das uns Witwe Irma Füllhase aus 575 Menden, Kamillenweg 16, zur Verfügung stellt, wollen wir jedoch unseren Lesern nicht vorenthalten, weil es typisch für ungezählte ähnlicher Aufnahmen ist. Es stammt aus dem Jahre 1920. Fotograf Kaufmann aus Prökuls hat hinter dem Haus die ganze Hochzeitsgesellschaft aufgebaut: vorn in der Mitte das Brautpaar, daneben die beiden Brautführer mit ihren Damen, dahinter die Eltern von Braut und Bräutigam, dazu noch Onkel und Tanten und sonstige Verwandtschaft. Links erscheinen in Schürzen die fleißigen Helferinnen aus der Küche. Eine Flasche mit Gläsern wird vorgewiesen, ein Kuchen ebenfalls. Die Braut trägt schwarz, wie auch die Konfirmandinnen auf dem Lande zumeist schwarz zum Tisch des Herrn gingen.

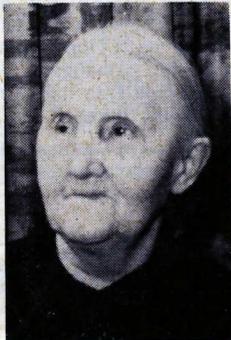
## Wir gratulieren

**Elsbeth Schindler** geb. Schulz, Schwester des verstorbenen Bürgermeisters Gustav Schulz in Memel, verlebte am 9. April 1971 bei ihrer Tochter Frau Ursula Schultz, Oldenburg, Bachstraße 22, ihren 91. Geburtstag. Frau Schindler ist geistig und körperlich noch von einer erstaunlichen Frische. Sie beschäftigt sich gern im Hause und hat Freude an schönen Büchern und liest auch gerne das „Memeler Dampfboot“. Sie erzählt gerne aus ihrer Kinder- und Jugendzeit, die sie in Schwarzort auf der Kurische Nehrung verlebte, da der Vater dort Revierförster war. Dank dieser Umgebung hat sie die Liebe und Verbundenheit zum Wald und zur herrlichen Natur auf der Nehrung in großem Maße mitbekommen. Sie heiratete sehr jung einen Oberförster und lebte in Ostpreußen. Zuletzt als Witwe, bis zur Vertreibung in Ostseebad Cranz.

Viele Sommer verbrachte sie in Försterei bei ihren Kindern, so ist die Verbindung zu Memel nie abgebrochen. Wir wünschen Frau Schindler alles Gute, gratulieren herzlich und wünschen weiterhin Gottes reichen Segen. —

**Urte Karallus**, geb.

Klaws, früher Schnaugsten bei Dahlen, Kr. Memel, jetzt in 68 Mannheim 31, Marburger Str. 42, zum 83. Geburtstag, den sie am 18. April bei bestem Wohlergehen feiern konnte. Kinder und Enkelkinder wünschen mit dem „MD“ einen geruh-samen Lebensabend, zufriedenstellende Gesundheit und weiterhin Gottes Segen.



**Maria Grikschat**, geb. Grikus, früher Tautschken Kr. Heydekrug, heute 6604 Gündingen/Saar, Saargemünder Str. 30, wird am 1. Mai 90 Jahre alt. Körperlich und geistig ist sie noch sehr rüstig. Das Memeler Dampfboot wird von vorne bis hinten von ihr durchgelesen. Sie hofft noch ein paar Jahre so gesund verleben zu dürfen. Das Gleiche wünschen ihr die Tochter, alle Verwandten und Bekannten und das MD.

**Paula Jacobi**, geb.

Haendler, früher Memel/Ostpreußen, Simon-Dach-Str. 12c, jetzt in 1 Berlin 42, Eythstr. 54, zum 80. Geburtstag, den sie am 14. April bei einigermaßen guter Gesundheit verleben konnte. Sie versorgt sich und ihre Wohnung in Berlin allein, jedoch mit Hilfe einiger Nachbarn. Im Winter besucht die Jubilarin regelmäßig ihre verheiratete Tochter Else Kretschmer in Frankfurt/Main. Nahezu zwanzigmal ist Frau Jacobi von Berlin nach Frankfurt geflogen. Frau Jacobi ist vielen Memelern gut bekannt, da sie das Uhren- und Goldwarengeschäft ihrer Mutter, Frau Haendler, in der Börsenstr. 10/11 selbstständig leitete. Mit ihren Kindern aus Frankfurt gratuliert das „MD“ recht herzlich verbunden mit den besten Glück- und Segenswünschen.



**Martha Westphal**, geb. Land, früher Gaidellen/Memelland, jetzt in 2351 Rickling Holst., Bergkoppel 17, zum 75. Geburtstag, den sie am 18. April im Kreise ihrer Lieben gefeiert hat. Wie in der Heimat, so ist Frau Westphal nach der Vertreibung auch hier wieder treue Leserin des „Memeler Dampfboot“ seit dem 1. „Memeler Rundbrief“. Nach fünfmaligem Umziehen hat sie sich in Rickling mit Hilfe, Rat und Tat ihrer Verwandten und Bekannten ein kleines Eigenheim mit Garten schaffen können. Der Garten ist ihre große Freude. Mit allen Verwandten und Bekannten gratuliert das „MD“ recht herzlich.



### Die Heiratslustige

In Kallnuggen, unweit der Szieszebrücke, wollte sich der Bauer B. auf seinem Hof zur Ruhe setzen, doch fand seine Tochter Betti lange keinen passenden Ehemann. Wer Bettis Mundwerk kannte, wunderte sich darüber nicht.

Zu einer Hochzeitsfeier war auch Betti eingeladen, und als es zu vorgerückter Stunde an Gesellschaftsspiele ging, nahm Betti ein Mädchen an den Arm und ging zur Männerreihe, indem sie sprach:

„Für diese hübsche Marjell such ich einen jungen Gesell!“

Zufällig stand sie gerade vor Schneider Sch., der kurz zuvor die Meisterprüfung erfolgreich bestanden hatte. Der verstand keinen Spaß und belehrte Betti: „Ich bin Meister und kein Gesell!“

Betti wettete los: „Watt, du best Meester? De Kujel es de Meester. De moakt zwelwe opp eenmoal. Du obber häst noch nich eenem fertichjebrocht!“

Betti war ein Original und machte sich gern selbst zum Dorfgespött. Einmal hob sie die Röcke und stieg bis zum Bauchnabel in den Mühlenteich hinein, indem sie laut rief: „Mich is so heiß, ich brauch einen Mann!“

Schließlich wurde die Hilfe eines Heiratsvermittlers in Anspruch genommen. Der erste Kandidat, der ins Haus kam, wurde mit Schnaps bewirtet, den er vernichtend kritisierte: „Watt hebb ju doa ferm Schnaps. Datt es de reinste Kobbelseich!“ Betti fürchtete, gegen ein solches Schandmaul nicht aufzukommen, und der Kandidat war durchgefallen.

August M. wurde dann der Glückliche — offensichtlich nicht ganz auf reelle Art. Er

### WER - WO - WAS

**Hanns-Rüdiger Lengning**, Sohn des Oberlandwirtschaftsrats i. R. Hans Lengning und seiner Ehefrau Ursula geb. Engels, früher Memel, zuletzt Heydekrug, jetzt 53 Bonn, Kaiserstraße 235, bestand bei der evangelischen Kirche im Rheinland, in Düsseldorf das erste theologische Examen.

**Pastor Gustav Butkewitsch** wird am 9. Mai mit einem Festgottesdienst in das zweite Pfarramt der Martinikirche in Bochum-Engelsburg, Essener Str. 39, eingeführt werden. Damit erhält unser Landsmann nach langjährigem volksmissionarischem und seelsorgerischem Dienst als Anstalts- und Gefängnispfarrer endlich eine eigene Pfarrstelle.

holte bei seinem Besuch eine dicke Brieftasche voller Wertpapiere vor, die er vielsagend in der Hand schaukelte. Damit wurde er als geeignet befunden, und die Hochzeit fand statt. Als Bauer B. vom Schwiegersohn später einiges Bargeld für notwendige Verbesserungen auf dem Hof forderte und auf die Wertpapiere hinwies, antwortete August trocken: „Biem Pleeeje es mie de Breeftasch enne Foahr jefalle on irgendwo unnerjepleejt.“ Sein Wertpapier war ein — Papierwert! rb.

## Das geht Alle an!

### Auskunft in Rentenangelegenheiten

Infolge Kriegseinwirkungen sind alle Unterlagen der Landesversicherungsanstalt Ostpreußen verlorengegangen. Der Nachweis über die frühere Tätigkeit kann nur durch **Zeugenaussagen** erbracht werden. Außer den früheren Arbeitgebern und Mitarbeitern kommen auch sonstige Personen aus der Heimat in Frage, die über die Berufsausübung Aussagen machen können, z. B. ehemalige Nachbarn, Freunde und Bekannte.

Zur Auffindung der gesuchten Zeugen werden unbedingt folgende Angaben benötigt: Name und Vorname, sowie der **frühere feste Wohnsitz** im Memelland.

Landsleute, die **angestelltenversichert** waren, wenden sich an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, **1 Berlin-Wilmersdorf, Ruhrstr. 2**. Die Unterlagen der ehemaligen Bundesversicherungsanstalt für Angestellte sind erhalten geblieben und werden dort aufbewahrt.

Die Heimatortskartei für Ostpreußen und das Memelland, **24 Lübeck 1, Postfach 1836**, gibt gerne Auskunft über alle Rentenangelegenheiten.

### Nachweis militärischer Dienstzeiten

Rentenbewerber müssen unbedingt den Nachweis über ihren abgeleisteten Wehr- oder Kriegsdienst erbringen, weil sie sonst bei der Festsetzung ihrer Rente benachteiligt würden, zumal dieser Zeitraum bei der Rentenbemessung als **Ersatzzeit** angerechnet wird.

Anträge für Heer, Luftwaffe, Waffen-SS, RAD und Polizei sind zu richten an das **Bundesarchiv, Zentralnachweisstelle, 5106 Kornelimünster, Alte Abtei**. Anträge wegen der Dienstzeit bei der Reichs- und Kriegsmarine gehen an die **Deutsche Dienststelle (WASt), 1 Berlin 52 (West), Eichborndamm 167**.

Wenn keine Unterlagen zu erhalten sind, bleibt nur die Möglichkeit, den Nachweis durch **Zeugenerklärungen** zu erbringen. Zu nennen sind der Name und Vorname des Gesuchten, die **frühere feste Heimatschrift** im Memelland und auch das ungefähre Alter und der damalige Beruf.

Über Krankenurkunden gibt Auskunft das **Krankenbuchlager 1 Berlin 42 (West), General-Pape-Str. 16**. Die Heimatortskartei für Ostpreußen und das Memelland, **24 Lübeck, Postfach 1836**, gibt gerne weitere Auskünfte.

### Wie erhalte ich Standesamtsurkunden?

**Familienbuch ersetzt wichtige verlorengangene Unterlagen**

— Es kommt immer wieder vor, daß Landsleute standesamtliche Urkunden benötigen, die durch Vertreibung, Flucht oder Kriegsgefangenschaft in Verlust geraten sind.

Diese Frage ist im Personenstandsgesetz geregelt, für das die Standesbeamten in der Bundesrepublik und West-Berlin zuständig sind.

Wenn jemand ständesamtliche Urkunden benötigt – zum Beispiel zur Erteilung eines Erbscheines für LAG-Zwecke – geht er zu seinem örtlichen Standesamt und beantragt die „Anlegung eines Familienbuches“. Das Buch hat nichts mit dem früheren Familienstammbuch zu tun. Das Familienbuch ersetzt, wenn es angelegt ist, die verlorengegangenen Urkunden; man kann also jederzeit beglaubigte Abschriften daraus haben, die dann gegenüber allen Behörden und Gerichten denselben Beweiswert wie die Urkunden aus der Heimat besitzen.

In § 15 a des Personenstandsgesetzes heißt es unter anderem: „Anlegung des Familienbuches auf Antrag, insbesondere für Vertriebene und Flüchtlinge“.

1. Das Familienbuch ist außer im Falle des § 12 auf Antrag anzulegen. Der Antrag ist nicht zulässig, wenn die Ehe vor dem 1. Ja-

nuar 1958 im Geltungsbereich dieses Gesetzes geschlossen ist.

2. Antragsberechtigt ist jede Person, die in das Familienbuch einzutragen ist. Vor der Eintragung sind sämtliche Personen, die in das Familienbuch einzutragen sind, zu hören. Von der Anhörung ist abzusehen, wenn sie nur mit erheblichen Schwierigkeiten oder unverhältnismäßig hohen Kosten möglich wäre.

In § 15 b wird folgendes ausgeführt: „Grundlagen für Eintragungen in das Familienbuch“. 1. Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, werden die Eintragungen in das Familienbuch, abgesehen von den Angaben über den Beruf, die rechtliche Zugehörigkeit oder die Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft und den Wohnort oder letzten Wohnort, auf Grund von Einträgen in anderen Personenstandsbüchern oder auf Grund öffentlicher Urkunden vorgenommen.

... In Gemeinden unter 15 000 Einwohnern darf der Standesbeamte auf Grund eidesstattlicher Versicherungen nur mit Zustim-

mung der zuständigen Verwaltungsbehörden vornehmen. Die Zustimmung kann allgemein erteilt werden.

2. Der Standesbeamte hat in das Familienbuch nur die Tatsache einzutragen, die er für erwiesen erachtet. Soweit erforderlich, hat er den Sachverhalt durch Ermittlungen aufzuklären... Nach Möglichkeit sind zum Standesamt alle alten Personenstandsunterlagen und Unterlagen mitzunehmen, die jemand noch im Besitz hat; dazu gehören unter anderem: Der Vertriebenen- oder Flüchtlingsausweis, kirchliche Bestätigungen, Staatsangehörigkeitsnachweise, Todeserklärungen oder Briefe darüber von der früheren Wehrmacht oder dem Deutschen Roten Kreuz. Selbst dann, wenn jemand nichts gerettet hat, ist der Standesbeamte nach dem Gesetz berechtigt, eine eigene eidesstattliche Erklärung entgegenzunehmen.

Die einzelnen Heimatortskarteien: Zentralstelle der Heimatkartei, 8 München 15, Lessingstr. 1, und Heimatortskartei Ostpreußen, 24 Lübeck, Fackenburger Allee 31, sind bei den Personenstandsnachforschungen behilflich. Nähere Auskünfte sind bei den Standesämtern am Ort einzuholen, die zur Aufklärung und Entgegennahme der Anträge verpflichtet sind.

## PROGRAMM

**zum Haupttreffen der Memelländer in Iserlohn  
am Sonntag, dem 2. Mai 1971, in den Räumen des Hotels  
Buchenwäldchen, Westfalenstraße 49**

**10.00 Uhr: Festandacht im Saal:** Pastor Butkewitsch  
Organistin: Walburga Waltermann

**11.00 Uhr: Heimatliche Feierstunde**

1. **Hedwigs-Chor, Iserlohn:** „Kiefernwälder rauschen“
2. **Begrüßung:** 1. Vors. der Memellandgruppe Iserlohn, Wilh. Kakies
3. **Totenehrung:** Kulturreferent der Memellandgruppen von NRW: Hermann Waschkies, Essen
4. **Dieter Purwins:** Heimatgedicht
5. **Iserlohner Mandolinen-Orchester:** Overtüre AS Dur von Konrad Wölki
6. **Klaus Gischer:** Ostpreußen
7. **Flötengruppe,** Jugend der Memellandgruppe Iserlohn
8. **Regina Mantowani u. Heidi Adolph:** „Heimat bleibt Heimat“ von Florentine Goswin-Benfer
9. **Frau Waltraud Behrendt:** „Europa“
10. **Vertreter der Stadt Iserlohn:** Oberbürgermeister Einert
11. **Festredner:** Oberregierungsrat u. Schulrat a. D.  
Erich Grimoni, Detmold
12. **Hedwigs-Chor:** Lieder aus Deutschen Landen
13. **Mandolinen-Orchester:** Unter der Dorflinde (Potpourri)
14. **Dankesworte:** 1. Vertrauensmann der Memellandgruppen von NRW, Gustav Butkewitsch, Bochum
15. **Gemeinsam:** Deutschlandlied, 3. Strophe

**13.00 – 15.00 Uhr: Mittagpause**

**15.00 – 16.00 Uhr: Deutsche Volkslieder:** Frau Exner, Akkordion  
Walburga, Flöte und die Kapelle „Mantowani“

**16.00 – 20.00 Uhr: Unterhaltung und Tanz** – Es spielt ein Trio

## Aus den Memellandgruppen

### Iserlohner Memeltreffen am 2. Mai 1971

Das Landestreffen der Memelländer aus Nordrhein-Westfalen findet am 2. Mai 1971 in Iserlohn statt und wird von der dortigen Gruppe ausgerichtet. Um 10.00 Uhr findet ein ökumenischer Festgottesdienst statt, den Pastor Butkewitsch halten wird. Um die Sorgen um Sitzplätze im Festsaal zu vermeiden, wird der Gottesdienst bereits dort gehalten, und zwar im Hotel-Restaurant Buchenwäldchen, Westfalenstraße 49. Um 11.00 Uhr findet dann der Festakt statt. Festredner wird der stellvertretende LO-Landesvorsitzende Erich Grimoni sein.

#### Zum Treffen in Iserlohn am 2. Mai 1971

Landsleute, die zum Treffen aller Memelländer am 2. Mai 1971 nach Iserlohn kommen und mit der Bundesbahn anreisen, können vom Westbahnhof weiterfahren bis zur Zughaltestelle „Buchenwäldchen“. Die Haltestelle liegt etwa 3 Minuten vom Hotel Buchenwäldchen weg. Vom Westbahnhof fahren die Straßenbahnen alle 10 Minuten in Richtung Buchenwäldchen.

Für Landsleute, die schon am 1. Mai anreisen, gibt der Organisationsstab der Memellandgruppe Iserlohn folgenden Hinweis:

Treffpunkt im Verkehrslokal der Memellandgruppe „Hotel Weidenhof“, unfern Hotel Buchenwäldchen. Der Inhaber ist Mitglied der Memellandgruppe Iserlohn und ist bereit, Anwesenden jede Auskunft zu erteilen.

Die Evangelische Akademie von NRW in Iserlohn hat 6 Zweibettzimmer zur Verfügung gestellt. Außerdem sind noch einige Zimmer bei Landsleuten kostenlos zu erhalten.

Auskunft erteilt auch das Verkehrsamt der Stadt Iserlohn am Westbahnhof.

Zum Haupttreffen am 2. Mai 1971 hat das „Deutsche Rote Kreuz“ seine Bereitschaft zugesagt.

Nun wünscht die Memellandgruppe Iserlohn allen Landsleuten und Gästen eine gute Anreise in die Wald- und Kongreßstadt.

**Wilh. Kakies,** 1. Vorsitzender,

**586 Iserlohn,** Soenneckenstraße 11, Tel.: 6 11 67.

#### Tonfilm vom Treffen in Iserlohn

Frau Hedwig Steinwender, 585 Hohenlimburg, hat sich bereit erklärt, die gesamte Veranstaltung am 2. Mai 1971 in Iserlohn, im Ton und Film festzuhalten, um später den Mitwirkenden den Ablauf dieses Treffens und die Abwicklung des reichhaltigen Programms einmal als Zuschauer betrachten zu können.

Alle Mitwirkende der Memellandgruppe Iserlohn treffen sich am 1. Mai 1971, um 16.00 Uhr im Hotel Buchenwäldchen zwecks einer Generalprobe.

Unsere Saarlandfahrt zum Saarländischen Rundfunk ist nun endgültig auf den 17. und 18. Juni 1971 festgelegt.

10 Plätze im Omnibus sind noch frei. Anmeldungen können noch erfolgen. **Wilh. Kakies**

### Jahres-Hauptversammlung in Bochum

Die Memellandgruppe Bochum veranstaltete am 21. März 1971 in der Gaststätte Cichy-Others ihre Jahres-Hauptversammlung. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die Gruppe in zwei Jahren nur sechs eigene Veranstaltungen durchgeführt habe. In sechs weiteren LO-Terminen war sie Mitveranstalterin. Hinzu kamen 1969 ein Ausflug und 1969 und 1970 die Teilnahme an den Landestreffen in Essen. Allgemein war man der Meinung, daß die geringe Zahl der Gruppenabende ausreiche, daß aber jährlich zwei Großtreffen stattfinden sollten, im Jahr des Mannheimer Bundestreffens nur eins.

Der neue Vorstand war natürlich der alte, bewährte: 1. Vorsitzender Pastor Butkewitsch, 2. Vorsitzender und Kassierer: Richard Taudien, 3. Vorsitzender Albert Kerat, Schriftführerin Annemarie Butkewitsch.

Landeskulturreferent Hermann Waschkies hielt ein Referat über die Arbeit der GÖG. Obwohl es verschiedene Ansichten zur Aktivität dieses Verbandes gab, war man sich darin einig, daß eine solche Vertretung unserer Interessen notwendig ist, denn unser Eigentum kann nicht als vorweggenommene Reparationsleistung durch die Bundesregierung an die Sowjetunion verschachert werden. Nicht etwa die Vertriebenen allein, sondern alle Deutschen haben den Krieg verloren.

In einem Schlußwort erinnert Pastor Butkewitsch an die Umsiedlung der Baltendeutschen 1941. Damals habe die Reichsregierung alle Umsiedler

entschädigt. Heute werde das Eigentum der Vertriebenen einfach als Tauschobjekt für den verlorenen Krieg gewertet. Das sei eine zusätzliche Bestrafung jener Deutschen, die durch den Verlust der Heimat schon schwer genug betroffen worden seien. **rt.**

### Dr. Willoweit sprach in Köln

Gastredner der Jahres-Hauptversammlung der Kölner Memellandgruppe am 14. März 1971 war Dr. Gerhard Willoweit aus Hilden, der vor über 100 Landsleuten aus Köln und Umgebung über das Memelland und seine Geschichte sprach. Er gab zu, daß für die nächste Zukunft die Rückgewinnung der Heimat ein Wunschtraum bleiben müsse. Dennoch dürfe der Rechtsanspruch auf das Land unserer Väter nicht aufgegeben werden.

Die anschließend durchgeführte Neuwahl des Vorstandes erbrachte die Bestätigung der verdienten bisherigen Vorsitzenden Hanna Schäfer in ihrem Amt. Wiedergewählt wurden auch die meisten bisherigen Vorstandsmitglieder. Neu im Vorstand ist Wilhelm Trauschies aus Weiß bei Köln, der 2. Vorsitzender wurde.

Im dritten Teil gab es die Vorführung der neuen Lichtbildreihe der AdM „Wellen, Sand und Wind“. Bei gemütlicher Unterhaltung blieben die Landsleute nach Abschluß des offizellen Teiles beisammen. **wi.**

### Der Sportreferent trat zurück

Der Sportreferent der AdM Walter Hilpert hat sein Amt zum 31. März 1971 zur Verfügung gestellt. Hilpert leitet die Traditionsgemeinschaft der Spielvereinigung Memel wie bisher weiter.

### Begegnung mit baltischen Nachbarn in Rastatt

Der Lesekreis der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Rastatt, dem auch die

Memelländer angehören, hatte zu einer „Begegnung mit baltischen Nachbarn“ in die „Pagodenburg“ eingeladen, die bis auf den letzten Platz besetzt war, darunter Gäste aus Litauen.

Der 1. Vorsitzende Heinrich Malwitz beleuchtete eingangs das wechselvolle Schicksal der baltischen Staaten Estland und Lettland: Die Besetzung und Christianisierung der Bevölkerung durch den Deutschen Schwertbrüderorden (1207 bis 1227), die Besetzung durch die Schweden (1561) und durch die Russen (1721). Nach dem 1. Weltkrieg konstituierten sich Estland und Lettland als selbständige Republiken (1918). Vor Beginn des 2. Weltkrieges besetzte die Sowjetunion diese beiden baltischen Staaten und gliederte sie als „Sozialistische Sowjetrepubliken“ ihrem Staatsgefüge ein. Die ansässigen Volksdeutschen (die „Balten“), die in über 700 Jahren diesem Lande, insbesondere den Hansestädten Riga, Dorpat, Reval u. a. ein deutsches Gepräge gaben, verloren infolge der Umgruppierung der politischen Machtverhältnisse im Osten nach 1918 ihre Heimat.

Die nun folgende „Begegnung mit baltischen Nachbarn“ ließ den Gleichklang mit den Empfindungen der Anwesenden erkennen. Siegfried von Vegesacks Verse: „Nur das ist unverlierbar, was du ganz verloren“ (aus: „Das Unverlierbare“) standen als Motto über dieser Lesung. Seine „Gelbe Tulpen“ und „Die Welt war voller Tanten“ gewährten einen Einblick in den Lebensstil jener traditionsreichen Geschlechter; Mia Munier-Wroblewski ließ in „Wind drüber weht“ auf „Spaziergängen“ die Anwesenden die Weite, die Schönheit und große Einsamkeit des baltischen Landes erleben; Else Hueck-Dehio plauderte in: „Ja, damals“ von der Schlichtheit der Bewohner ihres Landes, wo es auch bei großer Wohlhabenheit „... immer beim

Als

## Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen e. V.

wenden wir uns an Sie, unsere evangelischen Landsleute aus Ostpreußen

### Wer sind wir?

Ein Zusammenschluß von Gemeindegliedern und Pfarrern unserer „alten“ Kirche, gegründet 1964 in Leverkusen, nachdem ostpreußische Pfarrer den endgültigen Verzicht auf unsere Heimat öffentlich erklärt hatten (sogenannte Beienroder Verzichtserklärung vom Herbst 1962). Damit stellten sie Ansehen und Autorität ihres kirchlichen Amtes für politische Forderungen zur Verfügung und förderten mit die Politisierung unserer evangelischen Kirche

### Was wollen wir?

Daß die Kirche **Kirche** bleibt, wie wir es im Kampfe der Bekennenden Kirche gegen die politische Überfremdung der Kirche durch die Deutschen Christen seinerzeit sagten.

Daß die Kirche auch heute als ihre alleinige Aufgabe die **Verkündigung des Evangeliums** von dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn ansehe und wahrnehme – und nicht „in menschlicher Selbstherrlichkeit das Wort und Werk des Herrn in den Dienst irgendwelcher eigenmächtig gewählter Wünsche, Zwecke und Pläne“ stelle (These 6 der Barmer Erklärung).

Daß die Kirche von daher **Raum habe für verschiedene politische Überzeugungen ihrer Glieder** und daß diesen ihre Freiheit „in politics“ nicht durch politische Denkschriften ihrer Kirche eingeengt und schließlich weggenommen wird.

Daß die Kirche in einer echten Weise sich auch **zu ihrem Volk**, seinem Recht und seinen Lebensinteressen bekenne – aus dem Gebot der Liebe zum Nächsten.

Daß auch die evangelischen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge volles Heimatrecht in ihrer Kirche unter dem Evangelium haben, auch wenn sie das in der Ostdenkschrift veröffentlichte Friedenskonzept ihrer Kirche um des wahren Friedens und einer echten Versöhnung willen ablehnen müssen.

Daß es zu einer **echten Eingliederung** der Heimatvertriebenen in die Evangelischen Landeskirchen des Westens kommt, wobei wir unsere Art des Glaubens und der Frömmigkeit mit einbringen können.

Daß unsere Kirche hier nicht die vergesse und schließlich abschreibe, die noch **in der alten Heimat** für ihren Glauben und für ihr Deutschtum sich einsetzen.

### Was tun wir?

Wir rufen Sie zu Flüchtlingsgottesdiensten und ostpreußischen Kirchentagen an vielen Orten (vor allem Hamburg, Hannover, Detmold, Karlsruhe, Mannheim, Rastatt u. a. m.).

Wir halten Arbeitstagungen und Vorträge, wenn man uns ruft.

Wir nehmen öffentlich Stellung zu den Fragen der Geltung der Menschenrechte auch für uns, wie des Heimatrechtes, und zu den Fragen des Friedens und der Versöhnung. So haben wir uns ausführlich zu der sogenannten Ostdenkschrift der EKD geäußert, auch im Dezember 1970 ein Wort an Sie zu den Verträgen von Moskau und Warschau gerichtet.

Wir schreiben Artikel im Ostpreußenblatt und Memeler Dampfboot zu aktuellen Fragen in unserer Kirche.

Wir geben einen umfangreichen Rundbrief (ungefähr 30 Seiten) dreimal im Jahr heraus, mit einer Predigt und ausführlichen Informationen über die Kirche, insbesondere unsere Kirche in Deutschland, und über unsere Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen.

### Wie können Sie uns helfen?

Indem Sie zu unseren Gottesdiensten, Kirchentagen usw. kommen.

Indem auch Sie Mitglied in unserer Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen werden und damit teilnehmen und teilhaben an unseren Überlegungen und Entscheidungen. Der Beitrag (6 DM im Jahr, 8 DM für Ehemann und Ehefrau und 1 DM zusätzlich für jedes Kind) ist bewußt niedrig gehalten (Anmeldungen bei dem Schriftführer).

In den letzten Jahren in unserer Heimat standen wir, Gemeindeglieder und Pfarrer, zusammen in dem Abwehrkampf gegen den Einbruch einer Weltanschauung von rechts in unsere Kirche, – und laßt uns heute ebenso zusammenstehen gegen den Einbruch einer Weltanschauung von links, nämlich des marxistischen Sozialismus, in unsere Kirche.

Wir bitten Sie alle in dieser sehr ernstesten und entscheidungsvollen Zeit:

„Werfet Euer Vertrauen nicht weg, welches eine große Belohnung hat“ (Hebr. 10, V. 35).

Im Namen der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen e. V.  
W. Marienfeld, Pfr., Schriftführer

46 Dortmund-Marten,  
Lina-Schäfer-Straße 42

Alten blieb“; Elisabeth Josephi führte in „Ohne Land“ auf die große Heerstraße Petersburg-Berlin ums Jahr 1840 und machte die Anwesenden mit der Bedeutung der damaligen „Krüge“ bekannt; zuletzt berichtete Werner Bergengruen (gestorben 1964 in Baden-Baden) in „Totenklage um Samogonski“: „...er brannte, brannte Branntwein, brannte Branntwein, wie kein anderer brannte...“ Es lasen: Hertha Feyerabend, Charlotte und Fritz Thiesies, Ida Schramm, Otto Hübner, Dorothea Wilhelm, Marie und Heinrich Malwitz. — Der 2. Vorsitzende Werner Rasch zeigte schöne Farbdias von Estland, Lettland und Litauen, die von der Kreisbildstelle Rastatt und der Landesbildstelle Karlsruhe freundlichst zur Verfügung gestellt waren.

Heinrich Malwitz



Bei allen Heimattreffen wirb für Dein „MEMELER DAMPFBOOT“

**Berlin:** Liebe Landsleute! Unser nächstes Treffen ist wieder am **9. Mai 1971 um 16 Uhr**, in unserem neuen Vereinslokal, „Zur Schillerglocke“, 1 Berlin 12 (Charlottenburg), Krummestr. 63, Ecke Schillerstr., U-Bahn: Dt. Oper.

Ein frohes und gesundes Osterfest wünscht Ihnen allen mit landsm. Verbundenheit

Ihre Gerta Budweg  
1. Vorsitzende

**Bochum und Umgegend:** Wir nehmen alle am Landestreffen Sonntag, dem 2. Mai 1971, in Iserlohn teil. Wer sich aufgrund des Rundbriefes nicht zur Mitfahrt bei Landsmann Waschkies gemeldet hat, der möge mit der Bundesbahn oder PKW anreisen. Alles im Aufruf im MD zu erfahren. Sogar Ausflugsmöglichkeiten für den 1.

und 2. Mai sind gegeben, da genügend Quartiere zur Verfügung stehen. Für Unbemittelte sogar Freiquartiere. — Weiter weisen wir darauf hin, daß unser Vorsitzender, am Sonntag, dem 9. Mai, in sein Amt an der Martinikirche zu Bochum-Engelsburg eingeführt wird. Auch die Memelländer, besonders die Plaschker und Memeler, sind zu dieser Amtseinführung in den Festgottesdienst um 10.00 Uhr eingeladen. Die Martinikirche ist mit den Straßenbahnen 10 und 16 bis Haltestelle Goldhammerstraße zu erreichen in Richtung Höntrop und Oberdahlhausen von Bochum Hauptbahnhof aus. — In unserer Jahres-Hauptversammlung wurde Herr Pastor Butkewitsch wieder zum ersten Vorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter sind Herr Richard Taudien und Herr Albert Kerat. Die Schriftführung übernahm Frau Annemarie Butkewitsch an Stelle der ersten Frau unseres Vorsitzenden.

Der Vorstand

**Dortmund:** Unsere Jahres-Hauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes findet am Sonntag, dem 17. April 1971, um 18.00 Uhr in der Gaststätte „Haus Hötte“, Rheinische Straße 57, statt. Alle Landsleute aus Dortmund und Umgebung sind hierzu herzlich eingeladen. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand

**Frankfurt/Main und Umgebung:** Alle Landsleute, Freunde und Bekannte sind herzlich zum „Tanz in den Mai“ eingeladen. — Am Freitag, dem 30. April 1971, in den Räumen des SVG-Hotels Frankfurt/Main-West. — Industriehof. — Beginn 20.00 Uhr. — Zu erreichen mit der Straßenbahnlinie 2 und 18, Haltestelle Industriehof oder Linie 3, Haltestelle Schönhof. — Parkplätze sind vorhanden. — Spenden für die Tombola nehmen Landsmann Barsties, Frankfurt/Main, Große Eschersheimer Straße 43 (Fachgeschäft für Hörgeräte), oder Landsmann Schröder, Frankfurt/Main, Kohlrauschweg 11a, entgegen. — Mitglieder haben freien Eintritt.

Der Vorstand

**Hannover:** Am Sonntag, dem 6. Juni 1971, Busfahrt zum Großen Treffen der Memelländer in „Planten un Blumen“. Näheres in der April-Ausgabe des MD. Um rechtzeitige Anmeldung zur Busfahrt wird gebeten, bei der Geschäftsstelle der M.-Gr. Hannover, Gerlach, 3 Hannover, Goebenstraße 42, Telefon 62 04 71.

**Baden-Württemberg-Süd-Reutlingen / Tübingen und Umgebung:** Am Sonnabend, dem 24. April 1971, um 16.00 Uhr (**nicht Sonntag**) findet in Reutlingen in der Gaststätte „Omnibusbahnhof“ unsere Jahres-Hauptversammlung (ohne Neuwahlen) statt. U. a. werden Lichtbilder aus dem heutigen Memelland gezeigt. — Alle Mitglieder und Freunde sind hierzu herzlich eingeladen. Gäste sind — wie immer — herzlich willkommen.

Der Vorstand

Rüder-Verein Heydekrug

am 15. und 16. Mai 1971 in Lüneburg

Wie anlässlich des letzten Treffens vor 2 Jahren vereinbart, findet am Sonnabend, dem 15. Mai, und Sonntag, dem 16. Mai 1971, wieder ein Treffen der ehemaligen Mitglieder und Freunde des Rüder-Vereins Heydekrug statt. Die Veranstaltung beginnt um 19.00 Uhr im Parkhotel in Lüneburg, Uelzener Straße 27 — direkt am Kurpark. Am Sonntag versammeln sich die Teilnehmer, wie früher im Bootshaus, zum Frischschoppen mit Damen ebenfalls im Parkhotel. Im Anschluß an den Frischschoppen findet die Besichtigung des Ostpreußischen Jagdmuseums statt. Zu diesem Treffen werden die ehemaligen Mitglieder und Freunde des Rudersportes herzlich eingeladen. Anmeldungen zur Teilnahme bitte an Erich Trinkert, 3140 Lüneburg Bögelstraße 10.

## Memeler Dampfboot

DIE HEIMATZEITUNG ALLER MEMELLÄNDER

Herausgeber, Verlag und Druck: Buchdruckerel F. W. Siebert, Zeitungs- und Buchverlag, 29 Oldenburg (Oldb), Ostlandstr. 14, Tel. 3 31 70. Schriftleitung F. W. Siebert, unter Mitarbeit von H. A. Kurschat. — Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, stellen die Meinung des Autors dar, nicht unbedingt die Meinung des Verlags und der Schriftleitung. — Einsendungen nur an den Verlag erbeten. — Bankverbindung: Landessparkasse zu Oldenburg, Konto-Nr. 416 214; Oldenburgische Landesbank AG, Konto-Nr. 77 170; Postcheckkonto: F. W. Siebert, Hannover 1175 38. — Bezug nur durch alle Postanstalten. — Vierteljährlicher Bezugspreis 4,80 DM.

Am 5. Mai 1971 feiert

August Daumann

früher: Paszieszen, Kreis Heydekrug, jetzt: 7 Stuttgart-Heumaden Pfennigacker 32

seinen



Geburtstag

bei guter Gesundheit in seiner glücklichen dritten Ehe.

Es gratulieren herzlich, mit Psalm Kap. 90 und Jesaja Kap. 46 V. 4

Maria Daumann, als Schwester  
2 Hamburg 70

Siegfried Preuß, als Neffe  
Krankenhaus Nidelbad, Schweiz

Am 19. April 1971 feiern unsere lieben Eltern

Simon Jakubeit und Frau Emma geb. Krause

früher Kiupeln, Kr. Pogegen, jetzt 565 Solingen, Dahlerstr. 15

das Fest der

Goldenen



Hochzeit

Es gratulieren recht herzlich und wünschen viel Gesundheit

Ihre dankbaren Kinder und Enkel



Durch Gottes Güte und in großer Dankbarkeit feiert meine liebe Mutter, Frau

Eva Mikußeit

geb. Jakomeit (28. 4. 1890

aus Kinten, Kreis Heydekrug, jetzt wohnhaft bei ihrem Sohn

Hans, 3091 Hoyerhagen 142, in geistiger und körperlicher Frische ihren 81 Geburtstag.

Im Namen aller gratuliert von Herzen mit allen guten Wünschen für zufriedenstellende Gesundheit und Gottes Segen weiterhin ihr Sohn

Hans Mikußeit



Zu meinem 85. GEBURTSTAG sind mir von allen Seiten aus dem Kreise meiner Verwandten und Bekannten so viele Glückwünsche entgegengebracht worden, für die ich mich auf diesem Wege herzlich bedanke.

Otto Kuzela-Gerber

6233 Kelkheim/Taunus, Parkstraße 11

KLEINE WOHNUMG

voll möbl. zu vermieten.

Zuschriften unter MD 675 an den Verlag des MD erbeten.

Jeder neue Leser stärkt Deine

Heimatzeitung

Mit dem **MEMELER DAMPFBOOT** fühlst du dich immer heimatverbunden!

Aus der Heimat kam die schmerzliche Nachricht, daß unsere lieben Eltern, Schwiegereltern und Großeltern in Truschen, Kreis Memel, gestorben sind.

### Johann Jaguttis

am 26. Februar 1971 im Alter von 82 Jahren.

### Marie Jaguttis

geb. Pippirs

am 10. Dezember 1970 im Alter von 79 Jahren.

Auf dem Friedhof in Plicken wurden sie zur letzten Ruhe gebettet.

In stiller Trauer

Johann Jaguttis und Frau Helene geb. Schallkalwies, Schramberg

Berta Jaguttis geb. Jaguttis

Hermann Jaguttis (Schwiegersohn), Truschen

sowie 4 Enkelkinder und alle Anverwandten

723 Schramberg, Falkensteinstraße 16

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief fern ihrer geliebten Heimat unsere herzensgute Mutter, Groß- und Urgroßmutter und Tante

### Bertha Welsch

geb. Freihof

im fast 97. Lebensjahr.

In stiller Trauer  
im Namen aller Hinterbliebenen

Elsa Welsch  
Elisabeth Busch geb. Welsch

28 Bremen 77, Bänsinerstraße 24  
früher: Memel, Simon-Dach-Straße 9

Wir haben die Entschlafene am Donnerstag, dem 18. März 1971, in Bremen-Lesum zur letzten Ruhe geleitet.

Psalm 23

Am 8. März 1971 entschlief nach kurzer schwerer Krankheit im 84. Lebensjahr unsere liebe Mutter und Großmutter

### Maria Wauschkies

geb. Dittkuhn

Ihr Leben war die Sorge für ihre Kinder.

Sie wurde am 11. 3. 1971 auf dem Friedhof in Beratzhausen beigesetzt.

In stiller Trauer  
im Namen aller Angehörigen

Bruno Wauschkies

8411 Oberndorf, im März 1971  
früher Wietullen, Kr. Heydekrug

### Ansichtskarten

2., 3., 4., 5., 6., 7. u. 8. SERIE

mit vielen hübschen Motiven aus der Heimat in Serien von 12 Stück

DM 2,00

liefert Ihnen Ihr Heimatverlag

F. W. Siebert-Verlag

Abt. Buchversand

29 Oldenburg - Ostlandstr. 14

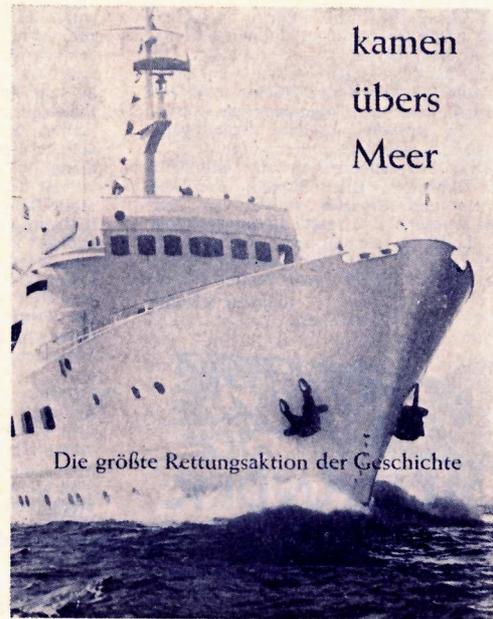
Welcher Landsmann kann mir in Sachen Lastenausgleich helfen.

Zuschriften an: Georg Akrutat  
2411 LEHMRADÉ / Mölln  
(früher Plaschken)

„Hicoton“ ist altbewährt gegen

### Bettmöbelen

Preis DM 5,50. Nur in Apotheken.



### 115 Tage entschieden ...

... Anfang des Jahres 1945 über das Schicksal von drei Millionen Menschen, die durch die Vorstöße sowjetischer Panzerverbände innerhalb kürzester Zeit von allen Landverbindungen abgeschnitten wurden. Für sie gab es nur einen Weg in die Freiheit:

### Sie kamen übers Meer

So lautet auch der Titel des neuen, von der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft vorbereiteten Buches. Es ist kein Erinnerungsbuch, sondern eine moderne Dokumentation, Analyse jener 115 Tage, die mit dem Schicksal der deutschen Ostseeprovinzen und ihrer Bewohner so eng verbunden sind. Tatsachenschilderungen von atemberaubender Dramatik, Hintergrundberichte über Hauptakteure und Geheimvereinbarungen. Zeugnisse menschlicher Bewährung leuchten diesen Zeitabschnitt aus, in dem sich sozusagen über Nacht und weitgehend improvisiert die größte Rettungsaktion der Geschichte vollzog. Vollbracht wurde sie von den Seeleuten der deutschen Kriegs- und Handelsmarine, die an das Ende des Krieges den Sieg der Menschlichkeit setzten. Ihrer großartigen Leistung ist dieses Buch gewidmet, das Mahnung für die Gegenwart und Verpflichtung für die Zukunft ist. Den Abschluß des Bandes bildet die Dokumentation über die Danksagung der Geretteten im Mai 1970 in Laboe. Autoren des um Ostern erscheinenden Bandes sind Marine-schriftsteller und Historiker sowie Augenzeugen jener dramatischen Aktion.

Bestellschein

M 7

Ich bestelle bei der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, 2 Hamburg 13, Postfach 8327

Exemplar(e) „Sie kamen übers Meer“ zum Vorbestellpreis von 6,80 DM zuzüglich Porto und Versandkosten.

Name

Wohnort

Straße

Datum

Unterschrift

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft

2 Hamburg 13, Postfach 8327